Einzelpreis 30 Pfg. · 4. Jahrgang

Dienstag, 23. August 1921

Nummer 391 · Morgen-Ausgabe

Die „Freiheit" erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 11 M. im voraus zahlbar. Für Postbezug nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unter Streifband bezogen für Deutschland, Oesterreich, Ungarn, Danzig, das Saar- u. Memelgebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens u. Luxemburgs 20 M., für das übrige Ausland 27 M. per Brief bzw. für Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 45 M.

Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 8–9.

Die achtgespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum kosten 4,— M. einschließlich Teuerungszuschlag. Kleine Anzeigen: Das fettgedruckte Wort 2,— M., jedes weitere Wort 1,50 M. einschließlich Teuerungszuschlag. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 3,20 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das fettgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,— M.

Fernsprecher: Zentrum 15230—15239

# Freiheit

## Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

# Die Streikbewegung in Polen

### Eisenbahnerstreik in Posen

W. T. B. meldet aus Danzig: Seit Montag früh streiken die Eisenbahner in den ehemals preußischen Teilgebieten der Republik Polen. **Der Eisenbahnverkehr ist so gut wie vollständig unterbunden.** Die polnische Eisenbahnverwaltung versucht, den Verkehr der Transit- und Fernzüge von Ostpreußen nach dem Deutschen Reich durch den Korridor aufrechtzuerhalten. Der Eisenbahnverkehr innerhalb des Danziger Gebietes ist, soweit er sich auf die Lokal- und Vorortzüge erstreckt, ungestört, dagegen ist der Güterverkehr vollkommen unterbunden. Der Streik, an dem die drei Eisenbahn-Verbände West-Polens beteiligt sind, ist ausgebrochen, **weil die polnische Regierung die Forderungen der Eisenbahner nicht erfüllt hat.** Heute vormittag haben Verhandlungen zwischen der polnischen Regierung und den drei Verbänden eingesetzt, um die schleunige Wiederaufnahme des Eisenbahnbetriebes zu erreichen.

### Streikbewegung in Warschau

TU. **Warschau, 22. August.**

In Warschau dauert der Streik der Metallarbeiter und der Angestellten der Vorortkleinbahnen an. Seit Sonntag früh streiken auch die Straßenbahner in Warschau. Sie verlangen eine Lohnerhöhung von 50 Prozent. In amtlichen Kreisen trägt man sich mit dem Gedanken einer Verstaatlichung der Kleinbahnen, die einer Aktiengesellschaft gehören.

### Ein neuer Horthystreich

**Budapest, 22. August.**

**Der Minister des Innern erließ eine Verordnung, durch die die ungarische republikanische Partei aufgelöst und ihr jede Tätigkeit verboten wird. Als Begründung wird angeführt, daß sie gesetzwidrige Ziele verfolge, eine die Grundlagen der ungarischen Verfassung gefährdende Organisation habe und die öffentliche Ordnung verletze und gefährde.**

So steht die „stufenweise Wiedereinführung der staatsbürgerlichen Freiheiten" aus, die das Ministerium Bethlen so großspurig bei seinem Amtsantritt proklamierte. Ungarn begibt sich mit dem Verbot der republikanischen Partei und der republikanischen Agitation zurück in die Ideenwelt und die Machtvorstellungen längst überwundener Perioden. Der Gewalt, dem rücksichtslosen Terror an Leib und Leben, der im behördlichen Ungarn dem politischen Gegner gegenüber geübt wird, fügt sich die Abschnürung des geistigen Kampfes harmonisch ein. Ungarn kann längst nicht mehr als modernes europäisches Staatswesen bezeichnet werden, sondern nähert sich immer mehr dem Vorbild vorderasiatischer Satrapie.

Obwohl eine ernsthafte Kampagne gegen die Regierung in Ungarn heute außerordentlich erschwert ist, es sei denn, sie komme aus dem christlichnationalen Klüngel, ist es doch nicht ohne Interesse, die Stellung der Partei der kleinen Landwirte, in deren Reihen viele überzeugte Republikaner sitzen, zu diesem neuesten Schritt der Regierung zu erfahren.

### Die Besetzung Baranyas

#### Massenflucht der Arbeiterschaft

UK. **Fünfkirchen, 20. August.**

Die jugoslawischen Besetzungstruppen marschieren heute aus der Stadt ab. Der serbische Regierungskommissar Rajics erließ gestern einen Aufruf, der die Bevölkerung von Baranya zur Ablieferung der Waffen auffordert. Da unter diesen Umständen ein bewaffneter Widerstand gegen die Uebermacht der ungarischen Truppen aussichtslos ist und nur zu nutzlosem Blutvergießen sowie zu Vergeltungsmaßnahmen führen könnte, hat auf Anraten Béla Linders das Exekutivkomitee beschlossen, den Kampf aufzugeben. Gleichzeitig wurde die südslawische Regierung ersucht, der Bevölkerung des zu räumenden Gebietes die Flucht zu ermöglichen und ein Asylrecht zu gewähren. Die Massenflucht der Arbeiterschaft hat bereits eingesetzt. Kommissar Rajics hat zu diesem Zwecke mehrere Eisenbahnzüge zur Verfügung gestellt, die jedoch bei weitem nicht ausreichen, den Strom der Flüchtlinge zu bewältigen. Es spielen sich daher auf dem Bahnhof und auf den Landstraßen ergreifende Szenen ab. Tausende von Bergarbeitern, die seit Generationen im Gebiete ansässig sind, verlassen mit Hab und Gut und mit ihren Familien ihre Wohnstätten. Da nur wenige Bergleute zu bleiben gedenken, stehen die Gruben still, und es droht dem Komitat eine wirtschaftliche Katastrophe.

### Eine Proklamation der Fünfkirchener Regierung

U. K. Fünfkirchen, 19. August.

Das Exekutivkomitee von Baranya veröffentlicht eine Proklamation an die internationale Arbeiterschaft, in der es heißt: Baranya ist die kleine ungarische Insel, in welcher dank der Okkupation durch die jugoslawischen Truppen die junge ungarische Demokratie der Oktoberrevolution wieder Fuß fassen konnte. Diese kleine demokratische Insel, in der die Gesetze der ungarischen Volksrepublik in Kraft sind, soll nunmehr an Horthy-Ungarn, das Land der Willkür und des Terrors, ausgeliefert werden. **In höchster Not wenden wir uns im Namen des werktätigen Volkes des Baranyagebietes mit vollem Vertrauen an die internationalen sozialistischen Parteien mit der Bitte um Schutz und Unterstützung. Das Proletariat, das im vorigen Jahre anläßlich des über Ungarn verhängten Boykotts diese Aktion in aufopferndster Weise unterstützte, darf heute nicht teilnahmsloser Zuschauer sein. Der Augenblick ist gekommen, wo ihr zur Befreiung euerer Brüder in Ungarn in erfolgreichster Weise beitragen, den Frieden Mitteleuropas sichern und der Reaktion Einhalt gebieten könnt. Eint euren Protest und fordert mit uns die Entfernung Horthys und seiner Spießgesellen.**

### Die Völkerbundsratentscheidung

#### Einstimmigkeit in England erwünscht

EE. **London, 22. August.**

„Daily Telegraph" nimmt den an Briand gerichteten Brief Ishiis sehr günstig auf und erklärt, daß zunächst in der Völkerbundsakte ein einstimmiges Votum nicht immer notwendig sei, obwohl dieses in der heiklen oberschlesischen Angelegenheit sehr wünschenswert sei, weil dadurch die Empfehlung des Völkerbundsrates durchaus bindenden Charakter haben würde. Vorläufig genüge zur Ernennung des Berichterstatters eine einfache Mehrheit. Es wäre allerdings sehr peinlich und würde der Autorität des Völkerbundes sehr schaden, wenn man bezüglich der oberschlesischen Grenze zu keiner einstimmigen Entscheidung gelangte. Außerordentlich begrüßenswert scheint dem „Daily Telegraph" die Wahl Quinones de Leons zum Betrichterstatter. Lebhaft wird die Frage erörtert, wer Deutschland auf der Genfer Tagung vertreten werde, und ob der Kanzler Dr. Wirth selbst diese Rolle übernehmen werde. Die Zulassung Deutschlands zum Völkerbunde hänge in nicht geringem Maße von der Art und Weise ab, in der Deutschland in Genf für sich eintreten werde. Wenn der deutsche Vertreter in Genf eine chauvinistische oder unnachgiebige Haltung einnehmen würde, würde die Zulassung Deutschlands zum Völkerbunde wahrscheinlich einen Aufschub erfahren.

### Die Haltung Japans in der oberschlesischen Frage

E.E. **Paris, 22. August.**

Der „Temps" veröffentlicht folgenden authentischen Bericht aus Genf: Graf Ishii, der Vorsitzende des Völkerbundes, wird am kommenden Freitag in Genf erwartet. Bei dieser Gelegenheit müsse daran erinnert werden, daß die Vertreter Japans im Obersten Rat und im Völkerbunde sehr überrascht waren von der Art, wie die Haltung Japans in der oberschlesischen Frage beurteilt wurde. Die japanischen Vertreter legen am Vorabend der Entscheidung dieser Angelegenheit großen Wert darauf, daß in dieser Hinsicht keine Mißverständnisse aufkommen, und daß ein solches Mißverständnis weder von der einen noch von der anderen Seite ausgenutzt werde. Insbesondere wir bestritten, daß Baron Hayashi, der Vertreter Japans im Obersten Rat, für eine der in Vorschlag gebrachten Auffassungen Partei ergriffen hätte. Die Freiheit der Vertreter Japans bei den Beratungen des Völkerbundes bleibe gewahrt. Weder Baron Hayashi in Paris, noch Graf Ishii in Genf sind, wie mit Nachdruck erklärt wird, durch Weisungen ihrer Regierungen irgendwie gebunden, die nur dem Wunsch Ausdruck gab, die Streitfrage möge bald eine gerechte Lösung finden. In voller Unabhängigkeit und Unparteilichkeit [illegible] so der Vertreter Japans als Mitglied und Vorsitzender des Völkerbundsrates in Genf an den Beratungen teilnehmen.

### Rückgang des französischen Außenhandels

EE. **Paris, 22. August.**

Der französische Außenhandels in den **ersten sieben Monaten dieses Jahres** zeigt in Ein- und Ausfuhr **beträchtliche Verminderungen.** Was die Einfuhr anbelangt, so wurden an Nahrungsmitteln um 4 238 379 000 Francs weniger eingeführt, an Rohstoffen für die Industrie um 9 436 000, an Fertigwaren um 4 621 978 000 Francs, so daß die **Gesamtverminderung der Einfuhr 18 366 000 000 Francs beträgt.** Ausgeführt wurden an Nahrungsmitteln um 118 443 000 Francs weniger, Rohstoffe für die Industrie um 345 068 000, Fertigwaren um 1 579 578 000 weniger. Dagegen wurden mehr Postpakete ausgeführt, und zwar beträgt die Steigerung dieser Ausfuhr 122 361 000 Francs. Die **Gesamtverminderung der Ausfuhr** beläuft sich also auf **1 990 728 000 Francs.** Während der ersten sieben Monate 1921 sind für 11 876 000 000 Francs eingeführt worden, statt für 30 Milliarden Waren im vorigen Jahre während der gleichen Zeit.

Der „Temps" bemerkt, daß diese Statistik wegen der nächsten Zukunft der Industrie Unruhe hervorrufen müsse, namentlich in bezug auf die Ausfuhr französischer Fertigwaren.

## Die unerläßliche Bedingung

„Das Unzulängliche, hier wird's Ereignis!" Das ist das Motto, das man den Besitzsteuern des Finanzministeriums voransetzen könnte. In den Reichsämtern herrscht noch immer der Geist der alten Bureaukratie, führen Männer des alten Systems noch fast uneingeschränkt das Szepter. Dasjenige Amt aber, das am wenigsten einen Hauch der neuen Zeit verspürt hat, ist das Finanzministerium. Längst schon ist neben dem materiellen, dort der geistige Bankrott offenkundig. Das Amt hätte die Aufgabe gehabt, noch während des Krieges die Vorbereitungen für die Neuordnung der Finanzen zu treffen. In den letzten Kriegsjahren munkelte man auch, daß ganz neue Pläne erörtert, neue Wege eingeschlagen werden sollen. In Wirklichkeit geschah nichts und nicht die geringste originelle Idee kam zum Vorschein. Wie der Hasardeur Ludendorff des deutschen Volkes Blut, so setzte der Hasardeur Helfferich Deutschlands Gut auf eine einzige Karte: den überwältigenden Sieg, der Deutschland die Milliarden der Kriegsentschädigung bringen werde . . .

Zusammenbruch und Revolution änderten nichts an der Hilflosigkeit und Ideenarmut des Amtes. Die demokratischen Minister Schiffer und Dernburg versagten völlig. Dernburg hatte allerdings einen Gedanken, der ihm und seiner Partei nicht vergessen werden soll: Jeder Arbeiter sollte eine Stunde länger arbeiten und der Ertrag dem Staate zufließen; damit sollte den Finanzen geholfen werden. So wurde die kostbarste Zeit für eine wirksame Besteuerung des Besitzes gewissenlos vertrödelt. Statt daß das Finanzministerium darauf gedrungen hätte, Besitzsteuern zu erheben, solange die Entwertung der Mark noch nicht so stark vorgeschritten war, die Kapitalflucht noch nicht so riesigen Umfang erreicht hatte, förderte seine Untätigkeit die Inflation, ließ die Notenmenge immer mehr anschwellen und brachte den Staatshaushalt in völlige Zerrüttung.

Erst Erzberger begann — viel zu spät — Wandel zu schaffen. Seine Grundsätze waren damals im wesentlichen richtig. Es war und bleibt richtig, die Steuererhebung vereinheitlicht und auf das Reich übertragen zu haben. Es war richtig, die großen individuellen Vermögen und Einkommen unter Schonung der Produktivität der Wirtschaft scharf zur Steuer heranzuziehen. Aber die Technik der Erfassung und die Art der Ausführung verdarb alles, und diese Mängel sind Schuld des Amtes.

Aber das Amt bleibt unbelehrbar. Die Erfahrungen mit den bisherigen Besitzsteuern haben zweierlei gezeigt. Erstens: Die hohen Sätze stehen zu einem großen Teil auf dem Papier, weil die Besitzenden mit allen Mitteln danach trachten, sich der Steuerpflicht zu entziehen. Aufgabe eines Finanzministeriums, das seiner Pflicht gewachsen wäre, müßte es also sein, die Aufbringung der Steuern so zu gestalten, daß der Widerstand der Besitzenden gebrochen werden kann. Dies ist nicht möglich, wenn man von der subjektiven zur objektiven Steuererhebung fortschreitet.

Die Einkommen aus der Vermögenssteuer vor dem Kriege beruhten im wesentlichen auf der Selbsteinschätzung des Steuerpflichtigen. Die Angaben des Einzelnen bildeten im wesentlichen die Grundlage für die Vorschreibung der Steuer. Solange die Steuersätze niedrig waren, reichte das auch aus, da der Anreiz zur Steuerdefraudation gering war. Heute ist es offenkundig, daß diese subjektive Form der Steuererhebung völlig Schiffbruch gelitten hat. Wir brauchen eine Besteuerung des Besitzes, die diesen unmittelbar als Objekt trifft. Deshalb fordern wir die direkte Beteiligung des Reiches an den Unternehmungen in Landwirtschaft, Industrie, Handel und Bankenwesen. Denn diese objektive Form der Besitzbesteuerung verhindert in wirkungsvoller Weise die Hinterziehung.

Man sollte meinen, daß ein Finanzministerium mit allem Nachdruck sich eine solche Forderung zu eigen macht. Ist es doch seine Aufgabe, dafür zu sorgen, daß in den zerrütteten Haushalt Ordnung einzieht, daß die Steuern wirklich in vollem Maße zur Erhebung kommen. Aber das Finanzministerium hat von Anfang an dieser Forderung den stärksten Widerstand geleistet und beharrt auf der veralteten unwirksamen Form der Besitzsteuer.

Zweitens: Die Wirkung der Besitzsteuern ist zu einem Teil aufgehoben worden durch die fortschreitende Geldentwertung. Eine Steuer, die in einem Zeitpunkt festgesetzt wird, in der die Mark gleich ist 10 Centimes, bringt dem Staat nur die halbe Einnahme, wenn sie in einem Zeitpunkt gezahlt wird, in der die Mark nur noch 5 Centimes wert ist. Wir brauchen also eine Besitzsteuer, die diesem Entwertungsprozeß nicht beständig unterliegt. Dies ist nur möglich, wenn die Steuer nicht auf Papierwert, sondern auf Goldwert abgestellt wird. In einer Zeit der Geldentwertung versagt jede Besteuerungsform, der die Papiermark zugrunde liegt. Die Steuer muß nicht den nominellen Wertausdruck, sondern die Sachwerte erfassen. Das geschieht wieder nur, wenn der Staat unmittelbar an den Sachwerten, also den Produktionsmitteln und ihren Erträgnissen, beteiligt ist. Die notwendige Höhe der Steuersätze einerseits, die ökonomische Tatsache der Geldentwertung

andererseits, erfordern so die Heranziehung des Besitzes durch unmittelbare Beteiligung des Staates: die Erfassung der Goldwerte.

Das Finanzministerium bleibt aber störrisch. Es hält fest an den alten überlebten Formen. Der Entwurf eines Vermögenssteuergesetzes weist alle Mängel des bisherigen Systems auf. Er beruht auf der Selbsteinschätzung des Steuerpflichtigen. Er macht deshalb einen außerordentlich komplizierten Veranlagungsapparat notwendig. Er verewigt den Bürgerkrieg zwischen dem Fiskus und jedem einzelnen Steuerpflichtigen, der sich der Steuerzahlung möglichst entziehen will. Jede einzelne Angabe müßte von der Bureaukratie überprüft werden, die dieser Aufgabe aber gar nicht gewachsen ist. Die Veranlagung selbst kann wegen der Riesenarbeit, die sie bedingt, immer nur in größeren Zeitabschnitten geschehen. Der Entwurf will alle drei Jahre diese Veranlagung durchführen, ein Zeitraum viel zu lange angesichts der stürmischen Veränderung des Geldwerts.

Die Sätze sind niedrig. Sie beginnen mit ½ pro Tausend bei einem Vermögen von 50 000 und steigen bis 0,95 Prozent bei einem Vermögen von 100 Millionen. Für die nächsten 15 Jahre werden Zuschläge erhoben, die die Steuern verdreifachen. Aber diese Zuschläge stellen nicht etwa eine neue Steuer dar, sondern dafür wird den Besitzenden der Teil des Reichsnotopfers, der nicht zur beschleunigten Erhebung gelangt, im allgemeinen also zwei Drittel, erlassen. Es ist bezeichnend, daß das Finanzministerium gar keine Angabe darüber macht, welche Erträge es aus diesem Gesetz erwartet. Aber es kann gar keinem Zweifel unterliegen, daß der Ertrag gegenüber den Erfordernissen ganz unzulänglich bleiben wird.

Als zweite Besitzsteuer schlägt das Finanzministerium eine Kriegsgewinnsteuer vor. Die Gewinne über 100 000 Mark, die zwischen 1919 und 1921 gemacht wurden, sollen eine einmalige Abgabe leisten. Die Besteuerung beginnt mit 5 Prozent bei einem Vermögenszumachs von 100 000 Mark und steigt bis 30 Prozent. Nach all den Erfahrungen mit den Kriegsgewinnsteuern wird man dieser Abgabe gegenüber sehr skeptisch sein müssen. Das Finanzministerium versucht auch hier nicht einmal eine Schätzung des Ertrages. Betont muß aber nochmals werden, daß es sich nur um eine einmalige Abgabe handelt, während wir fortlaufende und steigerungsfähige Einnahmen brauchen.

Ueber die dritte Besitzsteuer, die den Vermögenszuwachs fortlaufend treffen soll, braucht hier zunächst nicht gesprochen zu werden, da sie überhaupt erst im Jahre 1923 zur ersten Erhebung kommen soll!

Das ist wirklich alles, und damit traut sich das Finanzministerium an die Oeffentlichkeit! Da muß denn doch gesagt werden, daß es so nicht gehen kann. Solche Art von Steuerreform ist sozial unmöglich, weil auch die Geduldigsten und Geduldigsten innerhalb der Arbeiterschaft es nicht ertragen können, daß durch eine Häufung indirekter Steuern die Lebenshaltung der Massen so stark verteuert wird, während der Besitz so außerordentlich geschont wird. Diese Steuerreform ist aber auch finanziell unmöglich, weil sie den obersten Zweck, die Herstellung des Gleichgewichts, die Stillegung der Notenpresse und damit die Verhinderung des weiteren Verfalls des Staatshaushalts und der automatischen Verschlechterung der Lebenshaltung der breiten Massen nicht erreichen kann.

Deshalb erfüllt die Arbeiterschaft nicht nur eine Pflicht gegen sich selbst, sondern auch die augenblicklich wichtigste staatspolitische Aufgabe — denn dies ist die Sanierung der Finanzen —, wenn sie dieser Steuermacherei den stärksten Widerstand entgegensetzt. Dieser Widerstand kann nur erfolgreich sein, wenn er von der gesamten Arbeiter- und Angestelltenschaft getragen wird, und deshalb begrüßen wir es, daß auch die Rechtssozialisten diese Steuervorschläge ablehnen und den Kampf um die Erfassung der Goldwerte ankündigen. Auf dem rechtssozialistischen Bezirksparteitag wurde nach einem Referat von Wels folgende Resolution angenommen:

Der Bezirksparteitag der Sozialdemokratischen Partei für die Provinz Brandenburg erklärt, daß die von der Reichsregierung vorgeschlagenen Steuern in dieser Art für die Sozialdemokratische Partei unannehmbar sind. Der Bezirksparteitag wünscht, im Falle des Festhaltens der Regierung an der Gesamtheit dieses Steuerprogramms, die Neuwahl des Reichstages.

Durch Befragung des Volkes soll dann klargestellt werden, welche Steuer das deutsche Volk tragen kann. Der Parteitag verkennt durchaus nicht die Notwendigkeit der Gesundung des Geld- und Finanzwesens. Wir müssen aus der Unsicherheit unseres Geldwesens herauskommen und der Vermehrung der papiernen Zahlungsmittel ein Ende bereiten. Wir müssen Ordnung in den Reichshaushalt bringen und die der Entente gegenüber eingegangenen Verpflichtungen erfüllen.

Um diesen auch im Interesse der Arbeiter liegenden Aufgaben zu genügen, ist die Sozialdemokratische Partei bereit, Opfer zu bringen. Aber sie muß fordern, daß zuvor die besitzenden Klassen in besonders einschneidender Weise zur Steuerleistung herangezogen werden, so daß die Steuerverpflichtungen des Besitzes der künftigen Steuerreform den Stempel aufdrücken.

Der Parteitag spricht die Ueberzeugung aus: Nur eine Beteiligung der Allgemeinheit an den Vermögenswerten der Landwirtschaft und der Industrie, des Handels und der Banken ist imstande, die Einkünfte an der Quelle zu erfassen und bietet die nicht mehr umgehbare Sicherheit ihres Aufkommens. Nur eine solche Beteiligung stellt auch einen Ausgleich für die ungeheuren Konjunkturgewinne dar, die durch den Abbau der Zwangswirtschaft vor allem dem ländlichen Produzenten in den Schoß fallen. Außerdem sollte nur eine solche unmittelbare Anteilnahme an der Substanz der Wirtschaft selbsttätig auch einen angemessenen Bruchteil an den künftigen Mehrgewinnen in die Hand der Allgemeinheit.

Daher muß die Zustimmung zu dem Finanzprogramm der Regierung davon abhängig gemacht werden, daß es neben den unerläßlichen steuerlichen Belastungen eine sofortige Erfassung der Goldwerte aller Kapitalbesitzer vorsieht.

Diese Resolution hält der rechtssozialistischen Partei die Stellung zu den indirekten Steuern offen. Die Partei hat ja auch bei den letzten Finanzreformen einer Anzahl indirekter Steuern zugestimmt. Auch ist es sicher ein merkwürdiger Zustand, daß die Partei in scharfer Weise gegen das Steuerprogramm einer Regierung den Kampf ansagen muß, in der sie selbst maßgebend vertreten ist. Aber das wichtigste ist, daß die Partei die Erfassung der Goldwerte, die wir vom Beginn der Steuerdebatten an als wichtigste Forderung erhoben hatten, als unerläßliche Bedingung aufstellt. Denn damit ist die Möglichkeit einer einheitlichen Aktion der gesamten Arbeiter- und Angestelltenschaft und ihrer politischen und gewerkschaftlichen Organisationen gegeben. Die Unabhängige Sozialdemokratie wird jedenfalls ihre ganze Kraft einsetzen, um diesen Kampf mit aller Energie durchzuführen.

# Der kommunistische Parteitag

## Der Hinauswurf der Leviten beginnt

Jena, 22. August.

Im hiesigen Volkshaus begann heute der 2. Parteitag der V. K. P. D. Für die Verhandlungen sind 5 Tage vorgesehen. Die gleichberechtigten Vorsitzenden wurden gewählt: Pieck-Berlin, Friesland-Berlin und Schumann-Halle. Der stärkste Eindruck, den der erste Sitzungstag hinterläßt, war der der Stimmungsmache. Die Zentrale kämpft einen verzweifelten Kampf, weniger gegen die Opposition von rechts, die auf diesem von oben sorgfältig gesiebten Parteitag nur eine geringe Vertretung hat, als gegen links, gegen die zur K. A. P. D. sich zurückentwickelnde Richtung. Die Exekutive und Lenin kommen der Zentrale zu Hilfe mit langatmigen Aufrufen und Briefen, die in der Presse veröffentlicht und zum Ueberfluß dem Parteitag noch vorgelesen werden. Das gibt zum ersten Zusammenstoß Anlaß. Die Linke fordert, daß auch ein Brief Radeks an den Parteitag verlesen wird, der der Linken günstiger ist. Lenin, der nach den üblichen Schimpfworten gegen die „Verräter" sich scharf gegen die Offensivtheorie wendet und die Austragung der inneren Streitigkeiten fordert, tadelt auch Radek. Dessen Brief, der überdies 30 Broschürenseiten stark ist, wird in der „Roten Fahne" nur im Auszuge veröffentlicht. Der volle Wortlaut ist angeblich noch in der Dunkelei.

### Die Opposition fordert unter lautem Geschrei

(Schiebung, Schieber!) die Verlesung des Wortlauts. Es gibt ein längeres heftiges Hin und Her. In der Nachmittagssitzung einigt man sich auf die Verlesung des Auszuges, die Broschüre mit dem Wortlaut soll morgen verteilt werden.

Aus dem Aufruf der Exekutive ist bemerkenswert das Steuerprogramm, das im wesentlichen einen prächtigen Diebstahl bei der U. S. P. D. darstellt. Die Erfassung der Goldwerte wird gefordert, aber zur Ueberbietung der U. S. P. D. wird die Hälfte des Wertes verlangt. Amüsant ist der Passus, daß die Partei zu fordern habe, alle diejenigen, die als gemeine Soldaten den Krieg mitgemacht haben, müßten von jeder Steuer befreit bleiben (was viele fette Bauern und Kapitalisten schmunzelnd gutheißen werden). Vor den Verlesungen, die ziemlich monoton verliefen, gab es Orgelspiel und Gesang der Internationale; die Eröffnungsrede Walter Stoeckers, der darin versichert, daß nichts die Einigkeit sprengen werde, und eine Begrüßungsrede des Vertreters der kommunistischen Gewerkschaftsinternationale, in der er den alten Schwindel von den 16 Millionen Mitgliedern und Anhängern wiederholt. Hierüber folgen Begrüßungsreden der kommunistischen Sekten von Norwegen, Dänemark, Holland, Luxemburg und der Schweiz, die alle den Wunsch nach Ueberbrückung der inneren Streitigkeiten äußern, weil sie von der großen Massenpartei in Deutschland Belebung der eigenen schwachen Bewegung erhoffen.

Die Nachmittagssitzung bringt nach der Verlesung des Auszuges des Radek-Briefes, der eine heftige Polemik gegen Levi und seinen Kreis enthält,

### die ersten Ausschlüsse.

Stoecker teilt mit, daß die Zentrale auf Grund des eben eingetroffenen Heftes 8 und 9 der Levischen Zeitschrift „Unser Weg", die Artikel von Curt Geyer, Bernhard Düwell und Waldemar enthält, diese drei aus der Partei ausgeschlossen hat und sie an den Parteitag verweist. (Lauter Beifall der Linken.) Geyer und Düwell werden aufgefordert, ihre Reichstagsmandate niederzulegen. Ueber den Antrag, den Beschluß debattelos zur Kenntnis zu nehmen, wird auf Grund eines zweiten Antrages namentlich abgestimmt.

Das Referat Eberts über den Moskauer Kongreß war von der Tendenz getragen, die Kritik des Kongresses an der Märzaktion abzuschwächen. Er versichert, daß Trotzkis scharfe Rede nicht vom Kongreß gebilligt worden sei. Sonst gab er nur Bekanntes.

Der Ausschluß der drei wird von 263 Delegierten bestätigt. Fünf, darunter Brass, stimmen unter Vorbehalt bei, daß die Angaben Stoeckers zutreffen. Dagegen stimmt niemand. (Lebhafter Beifall.) Die Sitzung schließt friedlich mit einer Rede Hertha Sturms über die Moskauer Frauenkonferenz.

# Die Diener der Republik

## Ein „unpolitischer" Standortältester

Die Offiziere der Reichswehr sind forsche Leute. Ihr besonderer Ehrbegriff gestattet es ihnen, das Geld der Republik annehmbar zu finden und gleichzeitig mit allen Mitteln an der Untergrabung der Republik zu arbeiten. Herr Reichswehrminister Geßler macht ihnen die Sache nicht allzu schwer. In seinem früheren Wirkungskreis, in Nürnberg, sitzt ein Standortsältester, der mit peinlichstem Bemühen darüber wacht, daß die ihm unterstellten Reichswehrabteilungen unpolitisch bleiben. Er hat, diesem lobenswerten Drang entsprechend, der auch durchaus den Absichten des Herrn Geßler entgegenkommt, dem Jugendring Nürnberg auf seine Bitte um Ueberlassung von Räumen zur Unterbringung wandernder Jugendlicher geantwortet:

„Standortältester Nürnberg-Fürth. Nürnberg, 20. Juli 1921. Nr. 2930.

An den Jugendring Nürnberg.

Dem Jugendring Nürnberg sind verschiedene Verbände angeschlossen, die auf ausgesprochen parteipolitischem Boden stehen und sich auch in diesem Sinne betätigen. Ich bin deshalb nicht in der Lage, dem Jugendring in seiner Allgemeinheit die Kaserne zu Unterkunftszwecken zur Verfügung zu stellen, da eine immerhin dadurch mögliche parteipolitische Beeinflussung von der Kaserne ausgeschlossen bleiben muß.

Nürnberg, 26. Juli 1921.

J. V. v. Beckh, Oberstleutnant und Standortältester."

Also endlich einmal ein Reichswehroffizier, der den Anordnungen seiner vorgesetzten Behörde restlos nachkommt. Warum also der polemische Einschlag am Eingang dieser Zeilen, wird der Leser denken. Aber da existiert von diesem selben Standortsältesten ein zwölf Tage jüngerer Standortsbefehl, der folgenden Wortlaut hat:

„Ziffer 1. Der Deutschnationale Jugendbund dankt allen Kommandobehörden und Dienststellen, allen Offizieren, Unteroffizieren und Mannschaften bestens für das große Entgegenkommen, das er bei der Vorbereitung und Durchführung des Bundestages überall gefunden hat. Nur dadurch war der glatte und reibungslose Verlauf der Tagung und vor allem die Unterbringung und Verpflegung der zahlreichen Teilnehmer möglich. Unterbringung und Verpflegung waren vorzüglich.

Ziffer 2. Die Truppenteile legen bis 15. d. M. namentliche Verzeichnisse aller Unteroffiziere und Mannschaften vor, die für den Deutschnationalen Jugendbund in irgendeiner Weise tätig waren. Zeit (Stunden) und Art der Beschäftigung ist anzugeben. Die bereits eingereichten Verzeichnisse gehen den Truppenteilen wieder zu.

gez. v. Beckh, Oberstleutnant und Standortältester."

Alle Achtung vor diesem Standortältesten! Der sagt und tut ganz deutlich, was er will. Und er kann's sich leisten. Der Jugendring ist eine über ganz Deutschland verbreitete Bewegung, die unter Wahrung der verschiedenen Anschauungen auf politischem, religiösem oder kulturellem Gebiet Organisationen der Deutschvölkischen bis zu den Kommunisten umfaßt. Sein Kampf gilt vor allem dem Kino und der Schundliteratur, ein Gebiet, auf dem sich zweifellos die verschiedensten politischen Meinungen treffen können. Nur ihm befürchtet der Standortälteste eine politische Beeinflussung seiner Reichswehrsöhnchen. Dem offen politischen Deutschnationalen Jugendbund wird dagegen nicht nur bereitwilligst gewährt, was man dem Jugendring versagt, sondern die Mitarbeit der Reichswehrsöhnchen im Deutschnationalen Jugendbund wird offen propagiert und mit Beförderung belohnt. Anders ist das unter Ziffer 2 Bestimmte nicht zu verstehen.

So wird in der deutschen Reichswehr bewußte monarchistische Propaganda an der Jugend der Republik getrieben. Wir wissen nicht, ob das in den Absichten des Herrn Geßler liegt, wir möchten es kaum annehmen. Aber wir sind gewiß, daß dem Herrn Stadtortältesten, wenn ihm überhaupt etwas geschieht ein milder Verweis trifft, der ihm die Ausübung seiner „unpolitischen" Tätigkeit nicht erschwert. Es gibt aber in solchen Fällen kein wirksameres und vor allen Dingen notwendigeres Mittel, als die rücksichtslose Entfernung solcher deutschnationaler Parteisekretäre in Uniform. Da Herr Geßler den Mut zu dieser Konsequenz, die ihm sein Amt auferlegt, nicht aufbringt, kann er uns nicht übelnehmen, wenn wir in seine Reden, die von demokratischem und republikanischem Geiste triefen, die allerstärksten Zweifel setzen.

## Ein Verbot

Wie eine Berliner Lokalkorrespondenz aus zuverlässiger Quelle erfahren haben will, hat der Reichswehrminister den aktiven Offizieren die Teilnahme an dem am 24. August, nachmittag 4,30 Uhr, im Deutschen Stadion in Berlin-Grunewald stattfindenden Wehrsportgleitoseit für die deutschen Frontkämpfer wenigstens in Uniform verboten. Der Frontkämpfertag wird vom Nationalverband deutscher Offiziere veranstaltet, der bekanntlich für die Angehörigen der Reichswehr verboten ist. Die Feier selbst steht unter dem Protektorat Hindenburgs.

Wir sind gespannt, ob die Offiziere dieses Verbot, falls es wirklich ergangen ist, respektieren werden.

# Ehrfurcht vor dem Menschenschlächter

Die Verleihung der Doktorwürde an den Massenschlächter Ludendorff kommentiert die „Wiener Arbeiter-Zeitung" also:

Ludendorff, Hindenburgs Generalstabschef, ist von der medizinischen Fakultät in Königsberg zum Ehrendoktor ernannt worden — als Meister der Feldherrnkunst, als Befreier Ostpreußens, als Führer der deutschen Soldaten, als Held und als deutscher Mann, das offenbar alles zur Medizin gehört. Die Königsberger haben ihn zum Ehrendoktor gemacht anläßlich der Tannenberg-Feier, das heißt der Feier, die an eines der schrecklichsten Geschehnisse im Weltkrieg erinnert, an das Furchtbare, daß 150 000 Mann durch „genniale Umfassung" in die masurischen Sümpfe getrieben wurden. 90 000 ergaben sich als Gefangene, Tausende mögen den Tod durch Kugel und Bajonett gefunden haben und Abertausende wurden wirklich in die Sümpfe getrieben, wo sie stundenlang starben, langsam, langsam untergingen — den Tod vor den Augen, tiefer und tiefer sinkend, an der Rettung verzweifelnd, bis sie im Schlamm erstickten. O, es war eine herrliche Waffentat, ein Feldherrnstreich so grausam kühn, so kühn grausam, daß künftige Geschlechter vor ihm erschauern werden. Die ärztliche Kunst gilt als die Kunst der Menschlichkeit, der Humanitas. Das Geschlecht der Humanitasjünger von Königsberg ist härter, als es hoffentlich künftige Geschlechter von wahrhaft menschlicher Gesittung sein werden. Es erschauert höchstens in Ehrfurcht, nicht aber vor innerem Grauen, wenn es an Ludendorff denkt, Ehrfurcht vor dem Russenschlächter, vor dem Menschenschlächter, Meister der Feldherrnkunst, Befreier, Führer, Helden und deutschen Mann! Wahrlich, die Kriegsverwilderung hat weite Kreise gezogen.

# Bezirkstag der SPD.

Auf dem Brandenburger Bezirkstag der S. P. D., dessen Stellungnahme zu den Steuervorlagen der Regierung wir bereits im Leitartikel erwähnt haben, hielt der Parteivorsitzende Wels ein Referat über die politische Lage. Aus ihm ist noch erwähnenswert, daß Wels im Gegensatz zu den meisten Führern der S. P. D. die ablehnende Haltung der rechtssozialistischen Fraktionen des Reichstags und des preußischen Landtags zur Deutschen Volkspartei verteidigte. Es frage sich aber, ob der Kasseler Beschluß immer richtig ausgelegt worden sei. Der Görlitzer Parteitag werde sich deshalb mit diesen Dingen beschäftigen müssen. Auch die Frage der Einigung der sozialistischen Parteien werde auf ihm eine Rolle spielen. An Einigungswillen und Einigungssehnsucht ließen sich die Mitglieder des Parteivorstandes von keinem Parteigenossen übertreffen. Doch komme nur eine Einigung mit der U. S. P. in Frage. Gegen die Kommunisten sei der schärfste Kampf geboten.

Vor der Rede von Wels sprach Otto Braun über die Interessengegensätze im landwirtschaftlichen Groß- und Kleinbetrieb. Die Großagrarier versuchten die Landarbeiter dadurch zu gewinnen, daß in die Tarifverträge Bestimmungen über gleitende Lohnskalen aufgenommen werden, die sich nach den Schwankungen der Getreidepreise richten. Das sei sehr bedenklich. Dadurch werde der Arbeiter auf ein schwankendes Einkommen angewiesen und an der Hochhaltung der Preise interessiert und in einen Gegensatz zur städtischen Bevölkerung kommen. Das sei auch das Ziel des Landbundes. Bisher sei nicht entschieden, ob der Groß- oder Kleinbetrieb in der Landwirtschaft produktiver sei. Die Deutschnationalen sagen: der Großbetrieb. Beim Steuerzahlen haben aber die großen Güter viel geringeren Ertragswert als die kleinen. Das müsse man den Bauern klarmachen. Neben der Gewinnung der Landarbeiter müsse man versuchen, den demokratischen Gedanken unter die Bauern zu tragen und sie von der Abhängigkeit von den Junkern befreien.

# Die Verhandlungen mit den Spitzenorganisationen

Wie WTB. von zuständiger Seite hört, haben die Verhandlungen mit den Spitzenorganisationen der Beamten, Angestellten und Arbeiter der Reichsbehörden zwecks Aufbesserung der Gehälter und Bezüge Montag begonnen und werden Dienstag fortgesetzt.

# Schweres Ballonunglück bei Bitterfeld

Bitterfeld, 22. August.

Sonnabend nacht hat sich hier ein schweres Ballonunglück ereignet. Es waren zwei Freiballons aufgestiegen, die beide gut vom Start abkamen und von denen der eine auch glücklich wieder landete. Der andere Ballon unter Führung des Lehrers Ulrich flog alsbald gegen einen Fabrikschornstein, in dessen Steigeisen und Blitzableiter sich das Netzwerk der Ballonhülle verfing. Hierdurch wurde die Hülle aufgerissen, und der Ballon stürzte etwa 50 Meter weiter ab. Drei der Insassen, Bauunternehmer Sommer, Elektriker Hesse und Gastwirt Sonntag, sämtlich aus Holzweißig bei Bitterfeld, wurden getötet. Der Ballonführer Ulrich, dessen Tatkraft und Umsicht bereits durch über 40 Freiballonfahrten erprobt war, ist am Sonntag seinen Verletzungen in einer Halleschen Klinik erlegen.

# Aus dem kommunistischen Parteisumpf

## Die Lüge als politisches Kampfesmittel

In der von Paul Levi herausgegebenen Zeitschrift „Unser Weg" veröffentlicht „Waldemar", ein bisher sehr angesehener Mitarbeiter der kommunistischen Presse, mehrere Briefe Karl Radeks, des Sekretärs des Exekutivkomitees der Moskauer Internationale, an die Zentrale der V. K. P. D. Waldemar läßt ihnen einen offenen Brief an die Kommunistische Zentrale vorangehen, in dem er sagt, daß sie der aktenmäßige Beweis seien, „der unheilvollen, um nicht zu sagen verbrecherischen Rolle, die der Vertreter der Exekutive in unserer Partei gespielt hat. Ich glaube, die gesamte deutsche, ja internationale Arbeiterschaft hat ein Recht, zu erfahren, wo das Geschwür sitzt, das die Partei und die Internationale vergiftet". „Waldemar" meint weiter, daß die Zentrale ihn ruhig einen Renegaten schimpfen könne. „Diesen Sumpf zu renegieren, ist Ehre." Von Vertrauensmißbrauch solle man nicht reden. Er schließt: „Daß die Briefe in meine Hände gelangt sind, verdanke ich nicht Ihrem Vertrauen, sondern Ihrer Leichtfertigkeit. Zum anderen: sprechen Sie nicht von Parteischädigung. Nicht die Partei wird geschädigt, sondern bloßgestellt wird nur eine Clique unverantwortlicher Politikanten, die — mögen sie persönlich sein, was sie wollen —, politisch gesehen, Verbrecher sind.

Wir geben in folgendem die Briefe unter Fortlassung einiger nebensächlicher Ausführungen, im übrigen aber wortgetreu, wieder.

### Die Aktion aus dem Revolver

**Brief Radeks vom März 1921.**

Brandler, Thalheimer, Fröhlich, Meyer, Böttcher, Felix.

W. G.

1. Lage hier folgend: **Notwendigkeit großer Zugeständnisse an Bauern**, was wirtschaftliche momentane Stärkung der kapitalistischen Elemente bedeutet. Nach außen Konzessionen. Große Arbeit, Armee kampffähig zu erhalten. Ebenso große, die Arrièregarden der ermüdeten Proletarier an Avantgarde heranzuziehen, dieser Mut und Kampfwille zu geben. **Frühling und Sommer wird sehr schwer sein.** Hilfe vom Ausland **zur Hebung Zuversicht**, hier in den Massen sehr notwendig.

2. Lage bei Euch in der Partei **klar für mich. Levi sucht Fraktion** zu bilden unter Losung: Massenpartei **oder Sekte.** Was Schwindel ist, da er durch seine Politik die Partei auseinandertreibt, während wir durch die Aktivisierung unserer Politik neue Massen heranziehen können. Niemand denkt hier an mechanische oder überhaupt an irgendwelche Spaltung in Deutschland. Es gilt, die Gegensätze klar herauszuarbeiten, den linken Flügel geistig führend zu machen. Levi wird schnell abwirtschaften. Es gilt nur, alles zu tun, um Däumig, Zetkin mit ihm nicht abwirtschaften zu lassen.

3. Alles hängt von weltpolitischer Situation ab. Wenn sich Riß zwischen Entente und Deutschland vergrößert, es vielleicht zum Krieg mit Polen kommt, werden wir reden. Eben, weil diese Möglichkeiten bestehen, müssen Ihr alles tun, um die Partei zu mobilisieren. **Man kann keine Aktion aus dem Revolver schießen.** Wenn Ihr jetzt nicht alles tut, um durch **das unterbrochene Drängen nach Aktion der kommunistischen Masse** das Gefühl ihrer Notwendigkeit beizubringen, werdet Ihr in einem großen Moment **wieder** versagen. Bei den weltpolitischen Entscheidungen weniger auf die „radikale" Formel, als auf die **Tat**, das Setzen der Massen in Bewegung denken. Falls Krieg kommt, **nicht an Frieden**, nur Protest, sondern an das Waffenkriegen denken. Dies alles in Eile auf dem Parteitag geschrieben. Alles andere im Artikel.

Gruß

*

### Der „Jammerlappen"

**Brief Radeks an die Zentrale vom 1. April 1921.**

Liebe Freunde!

Im Augenblicke, wo ich diesen Brief schreibe, habe ich nur die Moskauer Nachrichten über die Lage. Auf Grund dieser Nachrichten ist es schwer, zu entscheiden, ob die jetzige Bewegung eine spontane oder eine von der Partei begonnene Aktion darstellt. Die Tatsache, daß der Ausgangspunkt der Bewegung der mitteldeutsche Bezirk ist, wo wir stärker als irgendwo anders, und daß der zweite Angriffspunkt Hamburg ist, läßt mich annehmen, daß es sich um die Parteiaktion handelt. Ich fürchte, daß Ihr die Aktion um ein paar Wochen zu früh gemacht habt. Ich fürchte, daß ein taktischer Fehler vorliegt, daß Ihr nicht abgewartet habt, bis es zu einem Konflikt zwischen Deutschland und Polen gekommen wäre. . . Ich kann die allgemeinen Gründe deutscher und europäischer Natur, die ausschlaggebend für Eure Entscheidung sein konnten, falls die Aktion auf Eure Entscheidung zurückzuführen ist, verstehen. Aus diesem Grunde sind jetzt die Zweifel, sogar wenn die Sache mit einer Niederlage endet, müßig. Nicht nur, weil Ihr nicht sicher sein konntet, daß es überhaupt zu einem polnisch-deutschen Konflikt kommt, sondern auch darum, weil schließlich gehandelt werden mußte. Ich glaube, daß — wie auch die Aktion enden kann — sie die Partei vorwärts bringen wird. Eine Partei von einer halben Million Mitglieder wird von der Bande nicht zerschmettert noch illegal gemacht. Woran ich jetzt denke, so an die Tatsache, daß, falls wir zurückgeschlagen werden, die Differenzen in der Partei auf den richtigen Boden zurückkehren werden. Levi, der die Formel Sekte oder Massenpartei hervorgezogen hat, wird jetzt zweifelsohne die Anklage des Putschismus erheben, und der ganze Spuk wird sich herauskristallisieren als das, was er ist, als der Beginn der klaren Herauskristallisierung der rechten Fraktion.

Zeit scharfhörig in dieser Richtung und sonst ihn beim ersten Wort, wo er den Kampf auf diese Basis hinüberzutragen versuchen wird. Braß und Koenen sind da. Samstag werden wir eine offizielle Sitzung mit ihnen haben.

Radek schreibt weiter, daß er im Exekutivkomitee einige Resolutionen gegen Levi vorschlagen werde. Ueber die Differenzen sollen Thalheimer und Fröhlich kleine Broschüren schreiben. Braß werde eine Erklärung fordern, ob das Exekutivkomitee eine Spaltung der deutschen Partei anstrebe. Es werde darauf hingewiesen, daß die V. K. P. D. die 21 Bedingungen nicht ausgeführt habe. Radek führt fort:

**Gegners Haltung hier die eines Jammerlappens.** Das erste, was er tat, war, daß er die Resolution der Zentrale über die notwendigen Formen der Exekutive ohne weiteres preisgab. Als das Telegramm kam von dem Rücktritt der Fünf, kam er zu mir mit einem Telegramm an die Zentrale, in dem er seinen Rücktritt aus der Zentrale erklärte und um seine Abberufung aus Moskau bat. Ich machte ihn darauf aufmerksam, daß man solche politischen Entscheidungen doch nicht fassen könne auf Grund eines Telegramms, ohne die Dokumente zu kennen, ohne zu wissen, in concreto, wie die Lage ist. Ich machte ihn darauf aufmerksam, daß er ohne Besinnen und Bedenken, automatisch, sich auf die Seite des rechten Flügels stelle. Es gelang mir, ihn abzuhalten. Seitdem Braß da ist, geht er mit ihm zusammen, sucht ihn für den Kampf zu instruieren. Ich werde in der Sonntagssitzung der Exekutive ihm die Frage vorlegen, **in wessen Namen er hier auftrete.** Im Namen der Zentrale, die ihn gesandt hat oder im Namen der Fünf. Ich schließe aus der Geschichte, entweder muß die Zentrale einen Genossen hierher senden, der sie wirklich vertritt, oder es ist besser, daß sie niemand hier hat. Was die organisatorischen Dinge anbetrifft, über die Felix in seinem letzten Briefe schreibt, wie der Informationsdienst, die Troika, so werde ich jetzt mit Gregorin alles besprechen.

Radek schließt seinen Brief mit einer Verteidigung der Wirtschaftspolitik der Sowjetregierung. In einem kleinbürgerlichen Land wie Rußland dürfe man nicht über die Nationalisierung der Großindustrie, des Außenhandels, der Banken und der Eisenbahnen hinausgehen. „Wenn wir durch die Zugeständnisse an die Wirklichkeit unsere Lage befestigen, so hat das viel mehr zu bedeuten, als alle einmaligen Versuche der Durchführung der isolierten kommunistischen Wirtschaftsordnung in Rußland . . . . Schreibt möglichst viel, damit ich das Gefühl der deutschen Wirklichkeit nicht verliere."

### Eine Resolution für die Clique, eine für die Oeffentlichkeit

**Brief Radeks an die Zentrale vom 7. April 1921.**

Meine Lieben!

1. Der Ausgang der Auseinandersetzungen mit Braß, Koenen und Geyer ist folgender: Alle sind überzeugt, daß es sich um die Bildung des rechten Flügels handelt. **Die Erklärung Levis von Wien aus zeigt, daß er knapp vor dem Bruche mit uns steht.** Es ist nur die Frage, ob er sich ins Privatleben zurückzieht, wie ich annehme, oder den Kampf aufnimmt. Die Erklärung Däumigs im Zentralausschuß, wie viele Ausführungen Klaras in der Zentrale, machen es sehr fraglich, ob sie sich zeitig genug von der Position zurückziehen. Unter diesem Umständen wäre es angezeigt gewesen, daß die Exekutive Klipp und klar nicht nur Stellung gegen sie nimmt, sondern zeigt, daß es sich nicht um eine Episode handelt. Der Alte hofft noch, daß sich die Leute besinnen werden. Dazu kommt in Betracht, daß **wir alle überzeugt sind, daß wir vor einem Rückschlag nach der mißlungenen Offensive stehen.** Dieser Rückschlag wird den rechten Flügel veranlassen, in deutschen Fragen sein Wesen zu zeigen. Darum ist es vielleicht angezeigt, daß die Exekutive als solche mit ihrem Auftreten gegen die Rechten bis zu diesem Moment ihrer Selbstentlarvung wartet. **Wir haben zwei Resolutionen angenommen, eine für die Zentrale und den Zentralausschuß, die andere für die Oeffentlichkeit.** Im letzten Augenblick vor seiner Abfahrt hat mich Sinowjew, auch die für **die Publikation bestimmte Resolution einstweilen als vertraulich anzusehen.** Wir sollen heute, wenn er nach Petrograd gekommen sein wird, telephonisch endgültig darüber beschließen. Ich fürchte, daß dies bis zum Abgang des Briefes nicht geschehen wird. In diesem Fall bitte die Resolution der Zentrale, dem Zentralausschuß und den Fünfen mitzuteilen, aber nicht zu publizieren. Falls wir uns für die Publikation der Resolution B entschließen, telegraphiere ich. Das ist, was die Exekutive anbetrifft.

Was aber mich anbetrifft, so werde ich den Kampf mit vollkommen offenem Visier führen. Rate dasselbe: Thalheimer, Fröhlich, Brandler und Stoecker. Ich beginne schließlich die Broschüre zu schreiben und bitte Euch alle, per Sonderkurier das ganze Material über die letzte Bewegung zu senden. Es steht für mich von vornherein fest, daß die Schwächen, die sich ausdrücken in der Existenz des rechten Flügels, daß sie zweifelsohne in den Mängeln der Aktion ihren Ausdruck gefunden haben müssten. Sofange all die Fragen nicht ausgekämpft werden in voller Oeffentlichkeit vor den Arbeiterorganisationen, solange wird die Partei keinen bestimmten Kurs haben.

2. Zu Eurer Information. **Geyer hat sich als Vertreter der Zentrale vom ersten Tage an kläglich benommen.** Braß hielt sich sehr zurück. Er scheint mir von der ganzen Gesellschaft am meisten wertvoll, weil er Organisator ist. Sucht, wenn es nur irgendwie geht, ihn zu halten.

### Woher Lenin seine Kenntnisse schöpft

. . . Zur Vorbereitung des Kongresses haben wir wenig Zeit und wenig Leute. Sinowjew sitzt bis über die Ohren in der Petersburger Arbeit. Bucharin mußte mit seiner kranken Frau nach der Krim reisen. Ich werde zusammen mit Kunfinen die Entwürfe der Resolutionen schreiben. Ich bitte um folgende Sache: **Zum Referat über die internationale wirtschaftliche und politische Lage muß ich für den Alten eine Reihe von Memoranden fertigstellen. Es wäre sehr gut, bei dem Redakteur der „Frankfurter Zeitung", Feiler, einen ausführlichen Bericht über die Weltwirtschaftslage zu bestellen. Er hat natürlich das ganze Material unter der Hand, und auf dieses Material kommt es an . . .**

. . . Wenn Feiler es nicht macht, so kann vielleicht Goldschmidt diesen rohen Umriß mit Ziffernmaterial unter Kontrolle von . . . machen. Das Manuskript muß in drei Durchschlägen bis zum 20. in meinen Händen sein. Spart kein Geld, setzt evtl. unter einer Verantwortung ein paar Leute zusammen, die die Dinge bearbeiten . . . .

**Jetzt kommt die Frage mit Amsterdam. Hier haben die Leute kein Material, nicht einmal die offiziellen Ausgaben des Amsterdamer Sekretariates.** Bitte alles Rohmaterial zu besorgen, wie auch, wenn möglich, die Zusammenstellung des Materials. **Die holländischen Eisel** (damit sind nicht die „Amsterdamer" gemeint, sondern **die holländischen Kommunisten!**) **werden vielleicht einen finden**, der nicht mit der Stange im Nebel herumfährt, sondern einen Bericht über Amsterdam an der Hand von Tatsachen zusammenstellt. Als Tatsachen nenne ich ein Bild der konkreten Politik der englischen Gewerkschaftsführer, der deutschen und der französischen seit Gründung der Amsterdamer Vereinigung.

4. Es wäre sehr wichtig, daß die Zentrale mit einem gedruckten, in drei Sprachen übersetzten Bericht zum Kongreß kommen würde. Wir rechnen bestimmt darauf, daß von den führenden Genossen Brandler, Stoecker, Thalheimer und Fröhlich anwesend sein werden . . .

### Radek sucht Zutreiber

**Zum Schluß: Es unterliegt keinem Zweifel, daß wir wieder in eine Periode eintreten, wo der Ausbau der Organisation (legal und illegal) die Belebung des politischen Lebens in den Organisationen, die Weiterführung der Taktik des Offenen Briefes vielleicht in geänderter Form (sich jetzt nicht mehr an die Parteileitungen und die Bureaukratie, sondern direkt an die gewerkschaftlichen Massen wenden) ausschlaggebend sein wird.** Die Stärkung des gewerkschaftlichen Zentrums ist von der größten Bedeutung. **Vielleicht denkt Ihr an folgende Geschichte: Liefe sich nicht irgendwie eine Gruppe Rechtsunabhängiger gewinnen**, die zusammenarbeiten würde unter der Losung: Einigkeit der klassenkämpferischen Gewerkschaftler gegen die reformistischen Gewerkschaftsspalter. Ich fürchte, daß die Niederlage momentan das Milieu des Gegners erschwert. **Das Herausziehen einer nicht offen kommunistischen Gruppe wäre sehr nützlich.**

Ich unterstreiche: es sind erst ungegorene Gedanken, ich möchte nur, daß Ihr sie durcharbeitet. Der Grundgedanke ist der, um **den kommunistischen Kern sammeln wir jetzt leichter die Peripherie, wenn wir Zutreiber haben, die nicht offen als Kommunisten arbeiten.** Ihr müßt selbst sehen, ob es geht. Ich wiederhole, es sind rein persönliche Anregungen, die ich mache, von der Voraussetzung ausgehend, daß eine Niederlage immer die Anwendung neuer Waffen und Methoden hervorruft. **Ich rate sehr, sie heranzuziehen . . . .**

### Der Märzputsch als Stahlbad

**Brief Thalheimers an Radek vom 14. April 1921.**

Lieber Freund Karl!

**Ich kann nur in aller Kürze schreiben. Die Märzaktion hat auf die Partei wie ein Stahlbad gewirkt.** Alles Verlumpte ist **entweder aufgescheucht oder weggescheucht worden. Die letzteren** sind nur vereinzelt. Mit Paul Levi werden nur wenige Leute über Bord gehen. Wir versuchen alles, um Klara loszutrennen, hoffen auch, Adolf Hoffmann mitzubekommen. Wie es mit Däumig und Richard Müller steht, kann ich in diesem Moment noch **nicht beurteilen. Im ganzen genommen, erholt sich die Partei** von diesem Gefecht **wunderbar rasch. Und schon das Massenaufgebot der Berliner Arbeiterschaft bei der Beerdigung Sülls** zeigte handgreiflich, daß die Mauern, die uns von der U. S. P. und S. P. D.-Arbeiterschaft trennen, durch die Aktion kräftig erschüttert sind. In den letzten Tagen bekommen wir aus allen Bezirken Berichte von dem **Auftreten unabhängiger und sozialdemokratischer Arbeiter in den öffentlichen Versammlungen gegen ihre Führer.**

Das Resultat im ganzen ist, daß **alle politischen Erdschichten ins Rutschen gekommen sind. Wir brauchen schwerlich mit einer längeren Kampfpause zu rechnen.** Wenn die Aktion vielleicht nach außen den Eindruck des Künstlichen und Plötzlichen machte, so rührt das davon her, daß die innere Kampffront nicht frühzeitig genug bei Ausbruch der internationalen Krise bezogen wurde. Daher der scheinbare Sprung und die „Plötzlichkeit". Wir entfernen rücksichtslos Paul Levi und die paar Leute um ihn, die sich offen auf die Seite des Gegners stellen, die während der Aktion bewußt Sabotage getrieben und die Kampfdisziplin gebrochen haben. Aber es ist selbstverständlich, daß wir die Genossen und das ist das Gros der Partei und ihre Funktionäre, die die begangenen Fehler und Verstöße einsehen, fest zusammenhalten.

Die kritische Auseinandersetzung innerhalb der Partei wird in aller Schärfe und Offenheit stattfinden. Alles in allem genommen, bei dieser Vorgeschichte **finde ich daß sich die Partei ihrer Aktion nicht zu schämen hat . . .**

Ich würde sehr gern im Juni drüben sein, aber das hängt ganz von der Lage hier ab. Ich glaubte, ich könnte jetzt endlich aus der Zeitung heraus, aber auch das ist wieder in Frage gestellt durch eine Reihe Verhaftungen.

**Wie ich höre, ist Valetzki drüben und ist drüben nicht absolut notwendig.** Die Zentrale hat **mich** ermächtigt, ihn für hier von Euch zu requirieren. **Sie tun uns und mir persönlich einen großen Gefallen, wenn Sie dafür sorgen, daß er schleunigst hierher kommt. Ich kann das Doppelte und Dreifache leisten, wenn das Blatt nicht direkt an mir hängt. Heute habe ich Kräfte, die ich hüten muß, wie die Glucke ihre Küken.**

Mit den herzlichsten Grüßen Ihr August.

*

Aus diesen Briefen ist zunächst wieder einmal zu ersehen, mit welchen hinterhältigen Methoden die kommunistischen Parteiführer gegeneinander arbeiten. Das könnte man schließlich ihre eigene Sache sein lassen, nach dem alten Sprichwort: Wer Dreck anfaßt, besudelt sich. Aber mit den gleichen Methoden behandeln diese Leute nicht nur jene Arbeiter, die ihnen noch immer in blindem Glauben folgen, sondern sie wenden sie auch an im Kampfe gegen die übrige Arbeiterschaft. **Mit allen Mitteln der Lüge und des Betrugs** suchen sie ihre selbstsüchtigen Parteizwecke zu fördern. Sie haben stets zwei „Resolutionen" bei der Hand, wie es Radek so hübsch in seinem Brief vom 7. April ausführt, eine für die Zentrale und eine für die Oeffentlichkeit. Wenn sie unter sich sind, so herrscht bei ihnen kein Zweifel darüber, daß der Märzputsch eine der dümmsten Aktionen war, die jemals von politischen Kindsköpfen ausgeheckt worden sind. Ihren Anhängern aber erzählen sie, genau so, wie es die Alldeutschen vom Weltkrieg sagen, daß der Märzputsch ein „Stahlbad" war. Fehlt nur noch, daß sie mit Hindenburg sprechen, der Märzputsch bekomme ihnen wie eine Badereise. Die Arbeiter in Mitteldeutschland, die jetzt in Zuchthäusern und Gefängnissen für das Verbrechen dieser Sorte von Politikern büßen müssen, werden eine andere Auffassung über das „Stahlbad" haben.

Man kann es zur Not verstehen, daß die Moskauer Herren so wenig von der deutschen Wirklichkeit verstehen, wenn man den Schwindel Thalheimers liest, daß im April in allen Bezirken unabhängige und sozialdemokratische Führer in den öffentlichen Versammlungen gegen ihre Führer aufgetreten seien. Man begreift dann auch die Empfehlung Radeks an die Zentrale, sich an die Unabhängigen heranzumachen und dort unter der verlogenen Parole der Einigkeit kommunistische Parteigeschäfte zu betreiben. Radek braucht „Zutreiber", und „Waldemar" bemerkt dazu: „Viele Damen haben das. Im politischen Leben freilich, wie Radek selber sagt, neu." Eine Lehre für die nächste Zukunft: Unsere Parteigenossen werden es ablehnen, unter der Parole der „gemeinsamen Front" die „Zutreiber" für die kommunistischen Politikanten zu spielen!

Das beste vielleicht aus diesen Briefen ist die Bestellung eines Berichts über die Weltwirtschaftslage bei dem Redakteur der „Frankfurter Zeitung", Feiler, für Lenin, den Obersten alles Moskauer Götter. Vor einiger Zeit noch hat Lenin, in seiner Broschüre über den Imperialismus, seine wirtschaftlichen Kenntnisse wenigstens aus Hilferdings „Finanzkapital" geschöpft. Jetzt aber muß er schon bei bürgerlichen Wirtschaftspolitikern Hilfe suchen. Feiler ist auf das Geschäft freilich nicht eingegangen, wer das Geld verdient hat, mit dem in Berlin nicht gespart werden sollte, erfährt man leider nicht. Wenn man von dieser Episode hört, so begreift man ohne weiteres, weshalb die von Moskau ausgehenden Veröffentlichungen mit so geringen Kenntnissen über die Lage in der Welt beschwert sind, dagegen um so anmaßlicher im Ton sind. Die russischen Kommunisten haben die Kapitalisten der übrigen Welt nicht nur zur materiellen Hilfeleistung aufgerufen, sie begeben sich auch geistig in die Abhängigkeit der kapitalistischen Oekonomie.

Ein besonders ehrenvolles Zeugnis stellt August Thalheimer der Redaktion der „Roten Fahne" aus. Die Zentrale muß „Valetzki" in Moskau requirieren, weil Thalheimer Kräfte hat, „die ich hüten muß, wie die Glucke ihre Küken". Man versteht jetzt, weshalb sich so oft die eigenen Anhänger von ihrem Zentralorgan mit Grausen abwenden.

Zusammengenommen sind diese Briefe ein neuer Beweis für den unaufhörlichen Zersetzungsprozeß, in dem sich die kommunistische Bewegung befindet. Jeder auf politische Sauberkeit und persönliche Ehrenhaftigkeit haltende Arbeiter wird sich nur mit Gefühlen des Ekels diesem Sumpf nähern. Aber der Gesundungsprozeß im deutschen und im internationalen Proletariat schreitet fort, und die Zeit wird hoffentlich nicht mehr fern sein, in der man Ich dieser krankhaften Verirrung der Arbeiterbewegung nur noch als einer Episode der Vergangenheit erinnern wird.

---

**Die Sanierung Oesterreichs.** Von dem Vorschusse von zirka fünf Millionen Pfund wird die Hälfte zum Ankauf von Kronen verwandelt werden, womit Hand in Hand die Einschränkung des Notendruckes gehen wird. Im September sollen in Wien die Verhandlungen bezüglich der definitiven Kreditaktion geführt werden. Die Summe des definitiven Kredits sollen zirka 32 Millionen Pfund betragen, wovon 25 Millionen von England und der Rest von sieben Millionen von den übrigen Staaten der Entente aufgebracht werden soll.

**Textilarbeiterstreik in Belgien.** Die Arbeiter der Webereien weigern sich, sich mit einer Herabsetzung der Löhne um 3 Prozent einverstanden zu erklären und sind in den Ausstand getreten. Die Zahl der Streikenden beträgt etwa 10 000.

# Außergewöhnliche Angebote

**Schotten** blaugrüne schw. Qual., 110 cm br. Mtr. **26 M**
**Mantel-Stoff** auch f. Kostüme, Homespunartig, mollig, 150 cm br. Mtr. **39 M**
**Diagonal** für Kostüme zweifarbig, 150 cm br. Mtr. **42 M**
**Satintuch** reinwollen, doppelbreit, einfarbig Mtr. **52 M**

**Hemdentuch** mittelkr. Qual., 80 cm br. Mtr. **9,50**
**Zephir** für Hemden und Blusen groß. Muster-Sortiment Mtr. **13,25**
**Köper-Barch.** 13,50 zerschmeidige Qualität Mtr.

**Jakonett** grau . . . . . Mtr. **6 M**
**Kleidersatin** verschiedene Farben . Mtr. **19,50**

**Handschuhe** für Damen Leinen-Ersatz, weiß, farbig, schwarz . . **12,50**
**Handschuhe** für Damen Leinen-Ersatz, farbig mit mod. Aufnaht **16,50**
**Handschuhe** für Damen Leinen-Ersatz, weiß, 12 Knopf lang . . **19,50**

**Schlupfhosen** f. Damen Trikot, farbig . . . . . **14,25**
**Schlupfhosen** f. Damen m. Volant farbig . . . . . **23,75**
**Hemdhosen** für Damen gestrickt **19,75**
**Damen-Hemdchen** gestrickt . . . . . **4,90**

**Tändelschürze** weiß Batist mit Stickerei . . . . **12,75**
**Teeschürze** weiß Batist, reich garniert, mit Stickerei-Volant . . . . **21 M**
**Blusenschürze** Wiener Form, gemustert Kretonne . . . . . **29,75**
**Hausschürze** mit Tasche u. Volant, Gingham . . . . . **22,50**

**Nachttischdecken** vorgezeichnet, Halbleinen . . . . **6,50**

**Bluse** Kimono, aus gut. Voil, voile m. Imitierem Bild elfenbein . . **36 M**
**Jabotbluse** aus Vollvoile, reich m. Valenciennespitzen u. Hohlsäumen ger. **69 M**
**Kleiderrock** aus melleriem Stoff . **39 M**
**Kleiderrock** aus wollenem Cheviot Plisseeform . . . . . **98 M**
**Morgenrock** aus Waschstoff, verschiedene Ausführungen . . . . . **69 M**
**Filzhut** moderne Formen u. Farben **26,50**
**Damenhut** klein, handgearb., Filzstoff flotte Garnitur, mod. Farbe **38,50**
**Kinderkleid** a. gemust. Barchent, Passe u. Knopfgarnitur, Gr. 50 cm (Jede weitere Größe Mark 5.– mehr) **45 M**

**Pelerine** a. gut. oliv Strichjoden 65 lg. f. ca. 6 Jahre, jede weit. Größe M. 6.– mehr, ab 9 Jahr M. 9.– mehr **110 M**
**Boz. Mantel** oliv Strichjoden f. ca. 6 Jahre, jede weit. Größe M. 7.– mehr, ab 9 Jahr M. 9.– mehr **148 M**
**Herren-Beinkleider** moderne Streifen . . von **95 M** an
**Herren-Westen** hell- und dunkelfarbig . . . von **48 M** an
**Herren-Netzjaken** gute Qualität **9,75**
**Herren-Hemden** Trik. mit Einsatz . . . . **39 M**
**Stubenhandtücher** Gerstenkorn ges. u. geb. 44-100 **10,60**
**Küchenhandtücher** Gerstenkorn, 45-100 . . **9 M**
**Wirtschaftstücher** buntgestreift, ges. u. geb. 40-80 **6,60**
**Wischtücher** 52-58 rot carriert, ges. und geb. . . **5,60**
**Halbstores** Erbstüll m. reicher Bändchenarbeit . **48 M**
**Tischdecken** Phantasiegewebe, bunt gemustert **62 M**
**Fenstergarnitur** Kochleinen m. Kurbelstickerei **120 M**

**Strümpfe** für Damen, schwarz oder weiß . . . **5,75**
**Strümpfe** für Damen, schwarz mit Doppel-Sohle **9,75**
**Strümpfe** für Damen, feinfädig schwarz od. farbig **14,25**
**Strümpfe** Damen Trama mit Florrand u. Sohle . 50 M **46 M**
**Korsett** aus gestreiftem festen Stoff **18,75**
**Korsett** aus mode Drell oder geblümten Stoff . . . **22,50**
**Korsett** aus gr. Drell mit 1 Paar Halter . . . **36 M**
**Herrensocken** leinfarbig . . . . **5,95**
**Herrensocken** schw. od. leicht. halbh. Qual. **9,75**
**Sportjacken** für Damen in lebh. Farb. **175 M**

*Waschpopeline* bedruckt, 115 cm breit, in Streifen- u. Punktmustern . . . Meter **25 M**

# A. Wertheim

*Kindermantel* aus gutem Winterstoff, in versch. Farben, m. Raglan-Ärmel, 80 cm lang, jed. weit. Gr. 10 M mehr **90 M**


## Theater und Vergnügungen

**Volksbühne** Sommervorstellung
½8 Uhr: Der Opernball
Direktion: Max Reinhardt.
**Deutsches Theater**
Potasch u. Perlmutter
**Kammerspiele**
½8 Uhr: Der Herr, der die Maulschellen kriegt
**Großes Schauspielhaus**
Vorstellung
Uhr: Die Weber
(8. Abteilung, 6. Abend)
Theater i. d. **Königgrätzer Str.:**
Täglich 7.30 Uhr:
**Notruf**
Drama n. Herm. Sudermann
**Berliner Theater:**
Täglich 7.30 Uhr:
DAS Milliarden SOUPER
**Komödienhaus:**
Allabendlich 7.30 Uhr: Der
**blonde Engel**
Theater
**am Nollendorfplatz**
½8 Uhr
**Der Vetter aus Dingsda**
½8 Uhr **Residenz-Theater**
Paul Wegener, Irene Triesch
in **Totentanz**
**Trianon-Theater**
8 Uhr: Ida Wüst in
**Die große Leidenschaft**
**Kleines Theater**
Uhr Hansi Arnstädt in
**Der Dieb** (Le voleur)

**Komische Oper**
Gastspiel: Alfred Läutner
½8 Uhr: **Der fidele Bauer**
**Rose-Theater**
8 Uhr:
**Jugend**
**Walhalla-Theater**
½8 Uhr
**Die Scheidungsreise**
½8 **Casino-Theater** ½8
**Exzellenz Maxe**
Sonntag 3½: Mittelarrest
**7½ Apollotheater 7½**
Friedrichstraße 218
Internat. August-Programm
Opium-Träume
Eine Herrengesellschaft mit 24 Damen
Sowie 10 Sensationen
**Berliner Prater**
Kastanien-Allee 7-9
Internationale
Ringkampf-Konkurrenz
Varieté
Theat. a. Nollendorfpl. Tel. Moritzplatz 1807
Täglich 7½ Uhr:
**Elite-Sänger**
— 10 Herren —
Vorver. 11—1½, v. 4—6
**METROPOL**
VARIETE-KABARETT
Behrenstraße 54.
7½ Uhr:
Das sensationelle Saison-Eröffnungs-Programm.


# Kleide Dich billig, elegant!

**im Leihhaus Moritzplatz 58a**

Jackett Anzüge, Cutaway, Uniformteile auf Seide, jetzt 350–500 Mk. Gummimäntel 300 Mk. Ferner Damenkostüme, Mäntel enorm billig! Pelzwaren 50 pCt. billiger! Kreuzfidelhaus, Zobel-, Blau-, Weiß-, Silberfüchse, Wölfe, Luchse. Keine Lombardware.


## Amtl. Bekanntmachungen

Herr Teodor Schwarz in Berlin-Reinickendorf beabsichtigt auf dem Grundstück Hausotterstr. 23 und Grüner Weg in Berlin-Reinickendorf eine Anlage zum Imprägnieren von Dachpappe zu errichten.

Etwaige Einwendungen gegen diese Anlage sind bei dem unterzeichneten Stadtausschuß binnen 14 Tagen, vom Tage nach der Veröffentlichung ab gerechnet, schriftlich in doppelter Ausfertigung oder zu Protokoll anzubringen. Nach Ablauf dieser Frist können Einwendungen nicht mehr erhoben werden. Beschreibung und Zeichnungen der geplanten Anlage liegen in unserem Bureau, Berlin C 2, Kaiser-Wilhelm-Straße 50 I, Zimmer Nr. 8, an den Geschäftstagen in der Zeit von 9 bis 2 Uhr während der oben bezeichneten Frist zur Einsicht aus.

Zur mündlichen Erörterung der rechtzeitig erhobenen Einwendungen wird vor unserem Kommissar, Herrn Oberstabsfeldwebel Weber, auf Freitag, den 16. September 19.1, vormittags 11 Uhr, in unserem Sitzungssaale, Berlin, Kaiser-Wilhelm-Straße 50 I, Zimmer Nr. 1, ein Termin anberaumt, zu dem der Unternehmer sowie die Widersprechenden unter der Eröffnung geladen werden, daß auch bei ihrem Ausbleiben mit der Erörterung der Einwendungen vorgegangen wird.

Berlin, den 10. August 1921.

Der Stadtausschuß für Berlin.
gez. Gordan.

Die Firma Rote Waggon- und Maschinenbau G. m. b. H. beabsichtigt, auf ihrem Fabrikgrundstücke in Berlin-Borsigwalde, Breitenbacher Ecke Spandauer Straße einen Lufthammer aufzustellen.

Etwaige Einwendungen gegen die Aufstellung des Hammers sind bei dem unterzeichneten Stadtausschuß binnen 14 Tagen, vom Tage nach der Veröffentlichung ab gerechnet, schriftlich in doppelter Ausfertigung oder zu Protokoll anzubringen. Nach Ablauf dieser Frist können Einwendungen nicht mehr erhoben werden. Beschreibung und Zeichnungen der geplanten Anlage liegen in unserem Bureau, Berlin C 2, Kaiser-Wilhelm-Str. 50, I, Zimmer Nr. 8, an den Geschäftstagen in der Zeit von 9 bis 2 Uhr während der oben bezeichneten Frist zur Einsicht aus.

Zur mündlichen Erörterung der rechtzeitig erhobenen Einwendungen wird vor unserem Kommissar, Herrn Oberstabsfeldwebel Weber, auf Freitag, den 16. September 1921, vormittags 11 Uhr in unserem Sitzungssaale Kaiser-Wilhelm-Straße 50, 1 Treppe, Zimmer Nr. 3, ein Termin anberaumt, zu dem die Unternehmerin sowie die Widersprechenden unter der Eröffnung geladen werden, daß auch bei ihrem Ausbleiben mit der Erörterung der Einwendungen vorgegangen wird.

Berlin, den 11. August 1921.

Der Stadtausschuß für Berlin
gez. Gordan.


**Kapitän-Kautabak** einmal gepaßt — immer gelobt. Feinster Geschmack: bitte frisch. Zu kaufen i. den Zigarrengeschäften usw. Neue Verkaufsstellen richtet ein Generalvertrieb C. Röcker, Berlin, Lichtenberger Str. 22 (Kgfl. 3861)

**Volks-Reise-Verband**
Neukölln
Münchener Straße 53
Vom 3. bis 10. September:
**Durch den Odenwald zum Neckar bis Heidelberg**
Wiederholung der v. 19.—25. Juni veranstalteten Ferienfahrt
Teilnehmerkarte einschließlich Fahrt und Verpflegung **500 Mark**
Anmeldungen sind umgehend (event. auch schriftlich) gegen Einzahlung der Sicherheitssumme von 100 Mk. an die Geschäftsstelle des V.R.V., Neukölln, Münchener Str. 53 zu richten.

**Stoffe**
für Herren-Anzüge, Ulster, Paletots, Damen-Kostüme,
Meter 50.—, 100.—, 150.—, 200.— Mark.
Nur langjährige Verbindungen mit altbewährten Fabrikanten bürgen für preiswerte, gute Qualitäten.
**Koch & Seeland** G. m. b. H.
Begr. 1893. Gertraudenstr. 20-21 Begr. 1893.

**Wo gibts die billigsten Seifen**
bei Seifenschneider, Pücklerstraße 44.

**Altmetall** kauft Kottbuser Damm 66 Hof links

**Kupfer** Messing, Zink, Blei, **Zinn** usw. kauft Gotzkowskystr. 15

**Altmetalle** zahle hohe Preise. Oderberger Str. 1, Reinickendorfer Str. 107 1. Hof, Keller.

**Kupfer** Messing, Zink, Quecksilber, Platin-, Gold-, Silberabfall Händlern Extrapreise! Brunnenstr. 11, Beusselstraße 29, Fennstraße 48

**Hesser** Pickel, auch die hartnäckigsten, fettglänzende großporige Haut lassen sich nur durch die über 30 Jahre sicher bewährte Pasta Dora beseitigen. M. 12.50. Otto Kolobel, Berlin 64, SO. Eisenbahnstr. 4.


## Deutscher Metallarbeiter-Verband

**Verwaltungsstelle Berlin N. 54, Linienstr. 83-85**
Geschäftszeit von vorm. 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr.
Telephon: Amt Norden 185, 1239, 1987, 9714.

Donnerstag, den 25. August 1921, abends 6 Uhr, in der Aula des Sophien-Gymnasium, Weinmeister Str. 16/17

### Arbeiterinnen-Versammlung

**aller in der Metallindustrie beschäftigten Kolleginnen**

Tagesordnung:
1. Stellungnahme zum neuen Lohnabkommen.
2. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.

Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt

**Achtung! Gold- und Silberarbeiter Achtung!**

Am Donnerstag, den 25. August 1921, nachm. 4½ Uhr, im Dresdener Garten, Dresdener Straße 48

### Vollversammlung

Tagesordnung:
1. Stellungnahme zu unseren Lohn- und Arbeitsbedingungen.
2. Diskussion.
3. Verbands- und Branchenangelegenheiten.

**Achtung!** **Achtung!**

Donnerstag, den 25. August 1921, nachm. 3 Uhr, im Dresdener Gesellschaftshaus, Dresdener Straße 116

### Außerordentliche Konferenz

**der Vertrauensleute der Metallschleifer, Galvanisierer, Silberpolierer, Verzinker.**

**Achtung! Zigarettenmaschinenführer Achtung!**

Alle früher als Maschinenführer tätig gewesenen Kollegen werden dringend ersucht, sich heute, Dienstag nachm. 4 Uhr im Arbeitslosenraum des Verbandshauses einzufinden.

Die Ortsverwaltung.


**Wanderkarten**
für alle Gegenden erhält man in der
Buchhandlung „Freiheit", Breite Str. 8-9

Zur **Jugendweihe**
Einladungskarten
Glückwunschkarten
Geschenkwerke
für die schulentlassene Jugend mit gediegenem Inhalt in wirklich vornehmer Ausstattung
**Buchhandlung „Freiheit"**
Berlin C 2
Breite Str. 8/9
Auch in allen Filial-Expeditionen der „Freiheit" erhältlich

**Per sofort gesucht:**
**Verkäuferinnen**
mit perfekten
Sprachkenntnissen
Meldungen:
12-2 Uhr vormittags
**Kaufhaus des Westens**
G. m. b. H.
Berlin W 50, Tauentzienstr. 21-24

**Tüchtige**
**Verkäuferinnen**
für
Chiffon und Schleier
sofort gesucht
Meldungen: 12-2 Uhr mittags
5-6 Uhr abends
**A. Jandorf & Co.**
Belle-Alliance-Str. 1-2

**Per sofort gesucht:**
**Verkäufer**
mit perfekten
Sprachkenntnissen
Meldungen:
von 11—12 Uhr vormittags.
**Kaufhaus des Westens**
G. m. b. H.
Berlin W 50, Tauentzienstr. 21-24

## Groß-Berlin

### Die Vorgänge in der Stadtverordnetenversammlung

haben die Kommunisten dahin umzubiegen versucht, daß sie sich auf einige Unabhängige bezogen, die ebenfalls bei der Holzerei dabeigewesen wären. Tatsächlich sind einige unserer Genossen in dem entstandenen Wirrwarr in der Abwehr Parteifreunden, die mit aufgeregten Bürgerlichen in Konflikt gekommen waren, beigesprungen und haben schlichtend eingegriffen. Die entstandene Aufregung und Empörung war begreiflich, sie ist aber nicht das Entscheidende.

Entscheidend ist die Tatsache, daß in dem späteren Verlauf der Sitzung alle Bitten und alle Mahnungen des Stadtverordnetenvorstehers, die um den Vorstandstisch gruppierten lärmenden Kommunisten möchten ihre Plätze einnehmen, vergebens waren. An diesem Widerstand haben allerdings nicht alle Kommunisten sich beteiligt, ein Teil verhielt sich passiv im Hintergrunde. Mit dieser Seite der Sache beschäftigte sich gestern der Aeltestenausschuß der Berliner Stadtverordnetenversammlung. Es handelte sich darum, ob in Zukunft die Parteien den Anordnungen des Vorstehers Folge leisten wollen. Nach längerer Aussprache erklärten auch die Vertreter der Kommunisten sich bereit, künftighin den Anordnungen des Vorstehers zu entsprechen, soweit sie sich im Rahmen der Geschäftsordnung bewegen.

Natürlich kann es den Fraktionen nicht verwehrt sein, im gegebenen Falle alle parlamentarischen Mittel anzuwenden, die ihnen erforderlich erscheinen, um einen bestimmten Zweck zu erreichen. Im Rathause, wo die sozialistischen Parteien die Mehrheit haben, wird die Anwendung der Obstruktion im allgemeinen nur von Minderheitsgruppen in Frage kommen.

Durch den gewaltsamen Schluß der letzten Versammlung sind leider wichtige Fragen für weite Kreise der Arbeiter unerledigt geblieben. Es sei nur an die Schaffung von Arbeitsmöglichkeit für Arbeitslose erinnert. Solche Dinge zu erledigen, erscheint viel wichtiger, als wenn ein Arbeiterfeind vom Schlage des Herrn Kimbel einige Sätze spricht oder nicht. Es sind genug Redner im Rathause, die diesem Frechling und seinen Anhängern gehörig einheizen können. Dauernder Krakehl und Radau sind die ungeeignetsten Kampfmittel; sie nützen nur dem politischen Gegner.

In Rücksicht darauf, daß eine Reihe Kommunisten an einer in Verbindung mit ihrem Parteitag stattfindenden kommunalen Konferenz teilnehmen wollen, sollen Gegenstände, auf die die Kommunisten besonderen Wert legen, zurückgestellt werden. Dazu dürfte auch die Interpellation der bürgerlichen Parteien in Sachen Dr. Rudolf Franzle gehören, eine Sache, in der viele irreführende Nachrichten und Behauptungen in die Welt gesangen sind und die bei näherem Zusehen auf ein Minimum zusammenschrumpfen.

### Schulstreik gegen Schulreaktion in Bohnsdorf

Die Bohnsdorfer Elternschaft kämpft seit 1½ Jahren energisch, um ihren Kindern einen Unterricht angedeihen zu lassen, welcher der Weltanschauung der übergroßen Mehrheit der Eltern entspricht. Die Lehrerschaft der Bohnsdorfer Gemeindeschule lehnte es ab, die Kinder in diesem Sinne zu unterrichten und zu erziehen. Es stellte sich sogar im Laufe der Zeit heraus, daß die Wünsche der Eltern nicht nur unbeachtet blieben, sondern auch, daß den Forderungen der Eltern in jeder Weise entgegengearbeitet wurde. Als es der Elternschaft endlich gelungen war, zwei sozialistische Lehrer zu erhalten, welche dem Wunsche der Eltern gemäß den Moralunterricht erteilten, setzte die Reaktion sofort den Kampf an und versuchte, die beiden Lehrer, hinter denen die Elternschaft geschlossen steht, aus der Schule zu verdrängen.

Dem reaktionären Treiben der Regierung in Potsdam ist es gelungen, entgegen den Anordnungen der Groß-Berliner Schuldeputation, einen der beiden Lehrer auf die Straße zu setzen. Den Bestrebungen der Eltern, welche seit langer Zeit darauf hinzielten, den Lehrer K., dessen unsoziales und aufreizendes Treiben gegenüber der Elternschaft höchste Empörung hervorgerufen hatte, von der hiesigen Schule zu entfernen, wurde trotz allen Protesten der Eltern nicht nachgekommen. Die Schuldeputation von Groß-Berlin, welche sich mit dieser Angelegenheit ebenfalls eingehend beschäftigen mußte, hat daraufhin zwei Mal die Versetzung des Lehrers K. seit April d. J. verfügt.

Die Regierung in Potsdam dagegen unterstützte diesen Lehrer in seiner Weigerung, dieser Versetzung nachzukommen. Die Elternschaft ist jetzt gewillt, mit allen Mitteln die Versetzung des betreffenden Lehrers durchzusetzen, um den bereits entlassenen sozialistischen Lehrer wieder in die Schule zu bringen.

In einer äußerst stark besuchten Elternversammlung am 19. d. M. in der Gemeindeschule zu Bohnsdorf wurde einstimmig folgende Resolution angenommen:

„Die am 19. August versammelten Eltern und Erziehungsberechtigten der Bohndorfer Volksschüler haben mit Befremden von dem Verhalten eines Teils der Lehrerschaft Kenntnis genommen, daß nicht nur eine völlige Mißachtung der berechtigten Wünsche der Elternschaft, sondern auch ein Beiseiteschieben und eine Verhöhnung der Groß-Berliner Schulverwaltung darstellt. Die Elternschaft verpflichtet sich, den Elternbeirat zu unterstützen und jede seiner Anordnungen, insbesondere soweit sie die Durchführung der bereits von der Schulverwaltung bestimmten Entfernung des Lehrers K. erreichen will, mit allen Mitteln der Solidarität zur Durchführung zu bringen und gegebenenfalls die Kinder vom Unterricht fernzuhalten.“

**Der Elternbeirat hat beschlossen, daß die Eltern vom Montag, den 22. August ab, ihre Kinder nicht mehr am Schulunterricht teilnehmen lassen.**

### Der „Geist von Potsdam“ geht um

Die Schulregierung in Potsdam, der auch Neukölln untersteht, beginnt den reaktionären Kampf gegen unsere Schulen, speziell aber gegen unsere sozialistischen und kommunistischen Lehrer, gegen die Einführung der kollegialen Schulleitung und in brutalster Form gegen jedes Mitbestimmungsrecht der Eltern. Dem Streben, die weltlichen Schulen in freie Gemeinschaftsschulen umzuwandeln, versucht sie dadurch den Garaus zu machen, daß sie den Lehrern, die mit uns gehen wollen, androht, ihnen ihre garantierten Reste als Staatsbeamte zu entziehen, ihnen von Staatswegen keine Gehälter mehr zu zahlen. Durch plötzliche Schulrevisionen will man die sozialistischen und kommunistischen Lehrer unmöglich machen, sie aufs Straßenpflaster werfen oder wieder unter die alte Knute zwingen.

Eltern, laßt euch euer Mitbestimmungsrecht nicht länger vorenthalten, stellt euch mit euren Kindern vor eure Schulen, vor eure freiheitlichen Lehrer, in kampfbereiter Einheitsfront gegen die Schulreaktion.

### Eine stürmische Elternversammlung

Bereits bei Beginn der von der Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Elternbeiräte des 12. Bezirks und den Ortsgruppen der U. S. P. D. und der S. P. D. einberufenen öffentlichen Elternversammlung zeigte das Barometer Sturm an. Es stellte sich heraus, daß die Rektoren der Mittelschulen durch die Kinder die Eltern hatten einladen und gleichzeitig über den Zweck der Versammlung falsch informieren lassen. In den einzelnen Klassen ist das Thema eingehend besprochen worden. Das Thema lautete: „Protest gegen die Verdrängung der Gemeindeschüler in Steglitz durch die Mittelschüler und die höheren Schüler.“

Das Referat hielt Genosse Hermes. Da die Rektoren den Eltern hatten mitteilen lassen, es sei beabsichtigt, die Auflösung der Mittelschulen zu verlangen, so war die Erregung der Zuhörer künstlich hervorgerufen worden. Durch Zwischenrufe und Bemerkungen der Mittelschullehrer während des Vortrages wurde diese dann noch erheblich gesteigert. Genosse Hermes stellte zu Anfang seiner Ausführungen das falsche Gerücht richtig. Er führte dann unter anderem aus, daß die Schulgebäudemisere in Steglitz bereits zu unhaltbaren Zuständen geführt habe. Die sämtlichen Gemeindeschulen seien auseinandergerissen, während die höheren und Mittelschulen bis auf eine Ausnahme zusammen arbeiten könnten. Ein geregelter Unterricht und eine einheitliche Leitung seien unmöglich. Neue Räume müßten geschaffen und vorhandene besser ausgenutzt werden, indem die höheren Schulen sich auch etwas einschränkten. Er verwies auf das Friedrichsstift, das von der Technischen Nothilfe belegt sei und sich als Schulgebäude eigne. Ein neues Schulgebäude müsse gebaut werden, in der Zwischenzeit aber eine Aushilfe durch Baracken geschaffen werden. Die Gebäude in der Sachsenwaldstraße und am Markusplatz seien Gemeindeschulen, und die Gemeindeschüler erheben berechtigten Anspruch an diese Gebäude. Da die Gemeindeschüler die große Mehrheit bilden, so müsse auf diese auch die entsprechende Rücksicht genommen werden.

Stadtschulrat Dr. Anders versprach, für die Schaffung neuer Gebäude einzutreten, da er die Zustände als unhaltbar anerkennt.

Die Mittelschuldirektoren Jank und Tourbier setzten sich mit aller Wut und Ueberredungskunst für ihre Schulen ein.

Genosse Hermes forderte im Schlußwort eine sofortige Aenderung, da man nicht zwei Jahre, bis ein Neubau fertig ist, warten kann. Er bedauerte, daß der Stadtschulrat die Versammlung nicht mit den Maßnahmen bekanntgemacht hat, die er in der Zwischenzeit treffen will.

War die Versammlung auch nicht von den Eltern der Gemeindeschüler besucht, die doch am meisten interessiert sind, und war sie auch etwas stürmisch, so ist doch der Zweck, die Schulgebäudefrage ins Rollen zu bringen, erreicht worden.

Die Arbeiter und Angestellten von Steglitz aber mögen erkennen, wie fest die besitzenden Kreise zusammenhalten, wenn es sich darum handelt, ihre Vorrechte zu verteidigen. Darum dürfen sie bei der Stadtverordnetenwahl nur die Kandidaten der U. S. P. D. wählen.

### Der neue Mädchenmord

#### Taten eines sexuell abnormen Menschen

Das neue Verbrechen an einem Mädchen, das in der vergangenen Nacht in der Langestraße 88-89, in der Gegend des Schlesischen Bahnhofes, verübt und gleich entdeckt wurde, versetzt die Bevölkerung dort in große Aufregung. Der verhaftete Handelsmann Karl Großmann stand früher schon im Verdacht, die Frida Schubert ermordet und ihre zerstückelte Leiche beseitigt zu haben. Beweise ließen sich damals nicht beibringen. Jetzt ist aber der Verdacht von neuem rege geworden, und in der Einwohnerschaft hat er sich schon zur Gewißheit verdichtet. Tausende sammelten sich heute vor dem Hause und auch vor der Frankfurter Wache, auf der der Verhaftete zunächst festgehalten und verhört wurde. Als Großmann unter scharfer Bewachung von Kriminalbeamten von der Wache noch einmal nach seiner Wohnung und dann im Auto nach dem Polizeipräsidium gebracht wurde, kam die Erregung in leidenschaftlichen Ausdrücken zutage. Die Menge, besonders die Frauen, verwünschte den Mörder und griff ihn tätlich an, nachdem sie die Schutzkette der Kriminalbeamten und Beamten der Schutzpolizei, die sie mit blanker Waffe in Schach zu halten versuchten, durchbrochen hatte. Nur das entschiedenste Eingreifen der Polizei verhinderte einen Akt der Lynchjustiz. Der Verdacht gegen Großmann ist in der Tat nicht von der Hand zu weisen, doch bedarf alles, was bisher für und gegen ihn vorgebracht worden ist, noch einer gründlichen Nachprüfung.

Bei seinem ersten Verhör auf dem Polizeipräsidium gab der Verhaftete zu, daß er stark sinnlich veranlagt sei und oft Mädchen mitgenommen habe. Er habe in der dortigen Gegend sich immer die ausgewählt, die ihm bekannten, daß sie Hunger hätten. So habe er in der gestrigen Nacht auch die Vorsetzte am Schlesischen Bahnhof kennen gelernt. Vor Antritt des Heimweges habe er mit ihr erst noch ein Varieté besucht. Hier hätten sie sich beide so betrunken, daß man sie hinausgewiesen habe. In diesem Zustande seien sie endlich hinaufgegangen. Seiner Veranlagung entsprechend habe er das Mädchen mit dessen Einwilligung gefesselt, und sich weiter mit ihm zu schaffen gemacht. Das widerspricht seiner ersten Angabe, nach der ihn ein Diebstahl in Wut versetzt haben soll.

Die geheimnisvollen Mordtaten, auf die die Leichenfunde im Engelbecken und im Luisenstädtischen Kanal zurückzuführen sind, begangen zu haben, bestreitet Großmann. Die Nachprüfung und Ergänzung früherer Ermittelungen und neue Bekundungen werden hoffentlich darüber bald Klarheit bringen. Der frühere Verdacht gegen ihn war durch sein Treiben und besonders auch durch einen brenzlichen Geruch aus seiner Wohnung wachgeworden. Man vermutete, daß dieser Geruch von dem Versuch, Leichenteile zu verbrennen, herrührten, wie er an mehreren aufgefundenen Stücken gemacht worden ist. Die Kriminalpolizei durchsuchte damals auch Großmanns Wohnung, fand aber nichts Verdächtiges.

### Die Arbeiterfreundlichkeit der Berliner Kinobesitzer

Die Besucher der Kinos, soweit sie den proletarischen Bevölkerungsschichten entstammen, haben ein großes Interesse, zu erfahren, wie weit das Empfinden der Berliner Kinobesitzer geht.

Verschiedentlich wird den Vorführern zugemutet, ihre Tätigkeit als Nebenberuf aufzufassen. Als Wochenlohn wird diesen dann eine Summe von 100—150 M. angeboten. Die ungewöhnliche Hitzeperiode dieses Sommers muß herhalten, die Notlage der Kinobesitzer darzulegen. Diese Erscheinung der Schließung tritt jedoch jedes Jahr zutage. Die Kinobesitzer versuchen nun die Tätigkeit der Vorführer als so unbedeutend wie möglich hinzustellen. Trotzdem deren Gesundheit durch die Arbeit, sowie die durch die schlechte Entlohnung bedingte Unterernährung das Gegenteil bezeugt. Nun wird von den Kinobesitzern versucht, Kinovorführer im Nebenberuf einzustellen; daß durch diese Doppelbeschäftigung die Arbeitslosigkeit vergrößert, die Erwerbslosenfürsorge stark belastet wird, bedarf keiner weiteren Erwähnung. Die Erwerbslosenfürsorge muß hier unbedingt eingreifen. Die bisherige Kontrolltätigkeit griff nur zaghaft zu. Es muß verlangt werden, daß diese Tätigkeit der Deutschen Filmgewerkschaft übertragen wird. Diese Ausbeutung muß unterbunden werden.

Viele Kinobesitzer setzen sich auch rigoros über die Bestimmungen des Betriebsrätegesetzes hinweg. Betriebsräte und Obleute be-

---

# Felsenbrunner Hof

Von Anna Croissant-Rust

(40. Fortsetzung) (Nachdruck verboten)

Helene wurde dunkelrot bis unter die Haare und stotterte nur ein: „Danke, ziemlich gut.“

„Ist nicht dein Bruder auch da?“ frug Eugenie dazwischen, „meine, ihn vorhin gesehen zu haben.“

Nun wurde Mila ihrerseits rot.

„Heinrich?“ frug sie hastig.

„Heinrich kommt erst später.“

„Ich meinte Peter“, erklärte Eugenie.

„Peter!! — Ich kümmere mich nicht darum, ob er da ist oder nicht.“

„Aha, das is Ihr kleiner Tunichtgut! Ja, sowas gibt's manchmal in de Familie.“

„Wer weiß, was noch aus ihm wird; er ist eine ganz absonderliche, verschlossene Natur, meiner Meinung nach hochbegabt“, widersprach Eugenie eifrig ihrer Mutter.

„Was du nicht alles weißt!“ Rolf sah spöttisch und zugleich ärgerlich aus. „Schade, daß er nicht Senior ist!“

„Ja, wirklich schade“, bemerkte Eugenie ruhig.

Mara Thomann knüpfte ihre Hutbänder auf; sie war entschieden ärgerlich, nein, sie war zornig. Noch kein Wort hatte Rolf mit dem jungen Mädchen gesprochen. Das war ja geradezu unhöflich! Wollte er beleidigen? Sie forderte ihren Sohn mit einem kleinen Schütteln des Kopfes auf, zu sprechen, aber Rolf blieb unnahbar.

„No, gehen Se nachher auch auf den Aussichtsturm, Fräulein Helene?“ suchte sie ihres Sohnes Unhöflichkeit wieder gutzumachen.

„Gewiß, ja, wir alle. Frau Thomann vielleicht auch? Oder die Mädchen mit Herrn Thomann?“

Was war denn das? Hatte sie sich geirrt? Hatte die Kleine da nicht eben —? — nein, das konnte nicht sein! Mit welchen Augen hatte die ihren Sohn angesehen? Oder war es Täuschung? Jetzt saß sie wieder mit stillen, etwas ängstlichen Augen da, und Rolf erwiderte, indem er phlegmatisch seine Zigarre drehte und dabei angelegentlich darauf herunterjah: „Ich? Kaum; die braven Veranstaltungen der braven Spießbürger interessieren mich nicht. Hören Sie, wie geschmackvoll!“

Irgendwo aus einem versteckten Boskett ertönte ein Hornruf; das war das Zeichen zum Aufbruch nach dem Heidefelsen, und Helene empfahl sich sehr rasch.

Alles sah ihr nach, wie sie stolz und groß zwischen den Bänken durchging, den Hut am Arm und ihre prachtvollen dunklen Haare schüttelnd.

„Nicht wahr, Mutter, sie ist schön?“ fragte Mila begeistert.

„Natürlich!“ bemerkte Rolf sarkastisch, „sie gleicht doch Heinrich!“

Die Mutter war plötzlich in schlechter Laune; sie hätte sich vielleicht selbst nicht Rechenschaft geben können, wodurch. Sie brummte:

„So was! Nimmt se de Hut runner! Des gehört sich nit! Ueberhaupt: Sie g'fallt mir nit! Was braucht Ihr des Mädche an de Tisch zu bringe!“

„Ach Mutter, du warst doch ganz freundlich, und du hast . . .“

„Keine Vourteile!“ schrien Rolf und Eugenie gleichzeitig.

„Bringt mir das Mädche nit etwa gar ins Haus!“ brummte Frau Thomann.

„Was soll sie denn in unser Haus?“ fragte Rolf erstaunt. Mila sah ihn spöttisch an und unterdrückte mit Mühe ein Lächeln, ein altgescheites, weises, junges Mädchenlächeln.

„Nun wollen wir aber auch auf den Aussichtsturm gehen, Mama! Alle Leute gehen ja schon!“ schmollte Mila.

„Wenn alle Leut' gehen, nachher bleiben mir da. Mir sin' die Thomanns.“

Eugenie setzte sich ruhig nieder; Mila dagegen konnte sich nicht beherrschen. Die Tränen liefen ihr wie einem Kinde über die Backen, und als die Mutter schalt, stampfte sie mit dem Fuß auf und war plötzlich ungebärdig: „Und ich will aber hin, und ich will auch hin!“

„Dummi Pienz!“ fuhr sie die Mutter an. „Schämscht du dich nit? Gleich setzscht de dich widder!“

Doch Mila setzte sich nicht, sondern fuhr fort zu weinen, indem sie geradeaus in die Luft nach irgendeinem imaginären Punkt sah, während die Tränen, ohne daß ihr Gesicht nach Schmerz aussah, immer nachrannen.

„Haltung Mila!“ kommandierte die Mutter. „Man muß seine Mitmensche kein Schauspiel gebe.“

„Habe ich bereits gesagt“, schob Rolf trocken ein.

„Ach was! Haltung!“ schimpfte Mila. „Ich will ein Mensch sein und keine Marionette. Du kannst es auch nicht, Mutter, und Rolf hätte in England bleiben sollen, dann würde ich nicht mit „Erziehung“ geplagt!“

Noch immer schimpfend und bockend, setzte sie sich aber sofort, als sie die Mutter die Hutbänder lüften sah. Mit einer gebieterischen Bewegung bestellte Frau Thomann sehr laut einen teuren Flaschenwein und fuhr zugleich mit einer großen Handbewegung über den Tisch hin, indem sie sagte, es lohne sich nicht, sich über irgendwas oder über irgendwen da herum aufzurgen, da doch alles Chor sei. Man konnte die ganze Landschaft bis weit über die Ebene hin darunter verstehen, so umfassend war die Geste.

Rolf war nun gereizt.

„Ich weiß nicht, was Ihr für Leute seid! Abwehr am unrechten Ort, Hochmut am unrechten Ort, Güte am unrechten Ort — aber vornehm, vornehm muß alles aussehen.“

„Philister sind wir eben, Rolf, trotz der Genfer und Brüssler Pension“, erwiderte Eugenie. „Kann es denn anders sein? Andere Leute in unseren Verhältnissen leben einmal eine Zeitlang in einer großen Stadt, oder lassen ihre Töchter reisen. Aber bei uns heißt es: „Was wollt Ihr denn? Ihr habt ja alles!“ Ja, mit dem Strick am Bein! So erlaubt uns Mutter alles. Daß ein Sohn hinaus will und andere Interessen hat, ist selbstverständlich. Aber wir! Wir Mädchen!“

„Dumme unreife Ansichten!“ schrie ihre Mutter empört. „Is es noch nit genug, wie Ihr verwöhnt werd't? Ach noch reise! Wo m'r sich soviel Müh gibt, e harmonisch Familienlebe herzustelle. Die beschde Schule, die erschde Lehrer, die teuerschde Kleider! — Ihr verschteht's nit, aus Euerm Lewe was zu mache, des is es! Ich hab e Kunschtwerk aus mein Lewe gemacht, trotz aller Hemmnisse; aber Ihr seid Schtümper, kein hohe Sinn habt 'r, do stickt's drinn!“

„Ach Gott, Mutter!“ erwiderte Eugenie ungeduldig, „deine Gedichte! Wir wissen das schon. Aber trage doch auch uns etwas Rechnung. Du bist intolerant. Wir sind eben anders geartet, wir wollen anderes, und wir wollen nicht immer gehemmt sein!“

„Was? Was? Ich tät euch hemme! Da hört sich aber verschiedenes uff! Ich förder' euch!“

„Ja, auf Kommando Stunden nehmen, auf Kommando Klavier spielen, auf Kommando lesen oder schwärmen, das ist auch Tyrannei —“

(Fortsetzung folgt.)

stehen vielfach nicht. Um ihre ohnehin schon kümmerlichen Rechte werden die Kinoangestellten geprellt. Beschwerden an die verschiedenen Gewerbeinspektionen blieben, weil keine dieser sich für zuständig hielt unerledigt. So fehlen bis heute die Betriebsräte bzw. Obleute im „Marmorhaus", Kurfürstendamm, Pritzkow, Münstr. 16, Welttheater, Moabit (Meierei Bolle), „Moderne Lichtspiele", Brunnenstr. 25 und andere Theater. Die Kinobesucher haben jedoch ein großes Interesse daran, dort ihre Unterhaltung zu suchen, wo die Arbeitsverhältnisse durch die zuständige Organisation (Zentralverband der Film- und Kinoangehörigen) geregelt sind. Darum hat die organisierte Arbeiterschaft die Pflicht, hier nach dem Rechten zu sehen und die Forderungen der organisierten Vorführer zu unterstützen.

---

**Rückkehr der Berliner Kinder aus Norwegen.** Genossin Demming teilt uns mit: Die am 23. Juni nach Norwegen ausgereisten Kinder kehren am Mittwoch, den 24. August, vormittags 11 Uhr, zurück und treffen am Stettiner Bahnhof ein. Die Eltern haben sich streng nach den Vorschriften der Ordner zu richten.

**Das Bezirksamt 11, Berlin-Schöneberg** gibt bekannt, daß die Umsatz- und Luxussteuern, soweit die Veranlagungen bereits zugestellt sind, spätestens bis zum 3. September 1921 an die Steuerkasse 11a (früher 1), werktäglich geöffnet von 8—1 Uhr, Sonnabends von 8—½1 Uhr, Rudolph-Wilde-Platz, zu zahlen sind. Nach Ablauf dieser Frist erfolgt ohne weitere Benachrichtigung die kostenpflichtige Beitreibung im Verwaltungszwangsverfahren. Eine besondere Mahnung durch Versendung von Mahnzetteln findet nicht statt.

**Das nächste städtische Volkskonzert** des Philharmonischen Orchesters, unter Leitung von Otto Marienhagen, findet am Dienstag, den 23. August 1921, in der Brauerei Königstadt, Schönhauser Allee 10-11, statt. Beginn des Konzertes 8 Uhr. Das Programm lautet: Sinfonie G-moll von W. A. Mozart, Variationen über ein Rokokothema für Violincello von T. Tschaikowsky, Variationen über ein Thema von Haydn von J. Brahms, Ouvertüre zu „Der Freischütz" von C. M. v. Weber. Der Vorverkauf zu den Volkskonzerten findet statt bei A. Wertheim, Leipziger Straße, in der Berliner Gewerkschaftskommission, Engelufer 15, im Zigarrengeschäft von Horsch und in dem betreffenden Konzertsaal. Die im Vorverkauf nicht untergebrachten Karten werden abends an der Kasse verkauft. Der Eintrittspreis beträgt 1,50 M. Kassenöffnung 7 Uhr.

**Verbotene Geldsammlungen.** Dem Deutschen Bürgerblock, der sich auch „Dosiga" (Deutsch-Oberschlesische Sicherheitsorganisation!) nennt, ist jede öffentliche Sammel- und Werbetätigkeit verboten. Nach den bisherigen Feststellungen zielt das Unternehmen lediglich auf eine Bereicherung seiner Gründer bzw. Leiter ab. Das Unternehmen ist deshalb durch Erlaß des Staatskommissars für die Regelung der Kriegswohlfahrtspflege in Preußen unter Verwaltung gestellt worden.

# Gewerkschaftliches

## Resultat der Wahlen der Arbeitnehmerbeisitzer zum Gewerbegericht

Gestern fand die Wahl zu den Gewerbegerichten statt. Von den abgegebenen Stimmen erhielt die Liste der **Freien Gewerkschaften 120 351, zirka 232 Mandate, die Liste der Deutschen Gewerkvereine 5567 Stimmen, zirka 12 Mandate,** die Liste des **Nationalen Gewerkschaftskartells 2596 Stimmen, zirka 6 Mandate.** Die zurückgezogene Liste der Bankbeamten erhielt 8 Stimmen. Ungültig waren 36 Stimmen. Zwei kleine Wahlbezirke stehen noch aus.

Wenn auch dieses Wahlergebnis zeigt, daß die bürgerlichen Gewerkschaften mit ihren zirka 8000 Stimmen keinen Einfluß irgendwelcher Art haben können, um so bedauerlicher ist es, daß die freigewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft den Aktivposten, den die Gewerbegerichte als soziale Einrichtung für die Arbeiterschaft darstellen, nicht vollständig erobert hat. Es gibt keine Entschuldigung dafür, weil schönes Wetter war, und die Erholung an irgendeinem märkischen See für die Arbeiterschaft zweifellos notwendig ist, dadurch aber den Gegnern auch nur einen Fußbreit abzulassen. Es ist auch richtig, daß der Magistrat seine Pflicht nicht in der Weise erfüllt hat, wie es notwendig gewesen wäre. Er hat es verabsäumt, die Wahllokale am Sonntag nochmals zu veröffentlichen, was im allgemeinen als selbstverständlich angenommen wurde. Dadurch sind Zehntausende nicht zu ihrem Wahlrecht gekommen, weil sie nicht wußten, wo sich ihr Wahllokal befindet.

Die christlichen Gewerkschaften hatten keine Listen aufgestellt mit der Begründung, daß der Magistrat die Wahl zu schnell forciert hätte. Es muß aber angenommen werden, daß dies als Vorwand dienen sollte, um ihre Schwäche zu verbergen. Die zirka 2695 Stimmen, die das Nationale Gewerkschaftskartell erhielt, sind ein trauriges Ergebnis und zu beklagen für die allgemeine Arbeiterschaft, weil diese in der allgemeinen Arbeiterbewegung gar keine Rolle spielen, so ist doch jede Stimme für diese Liste bedauerlich, weil wir in ihnen unsere schärfsten Gegner sehen müssen und sie als die gelbe Giftpflanze in der Arbeiterschaft betrachten.

---

## An die Kolleginnen und Kollegen in der Metallindustrie!

Die Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes hatte beschlossen, am 15. August zum 1. September den bestehenden Tarifvertrag für die Berliner Metallindustrie zu kündigen.

Das erste Verhandlungsergebnis wurde unseren Kollegen in der Wochenbeilage der Metallarbeiter-Zeitung Nr. 34 bekanntgegeben. Dieses lehnten die Funktionäre des Metallkartells ab.

Am Donnerstag, den 18., und Sonnabend, den 20. August, haben erneut Verhandlungen mit dem Verband Berliner Metall-Industrieller stattgefunden. Das Verhandlungsergebnis ist an anderer Stelle der Zeitung den Kolleginnen und Kollegen mitgeteilt worden.

Es besteht die Möglichkeit, daß dieses Verhandlungsergebnis am 15. September zum 1. November wieder gekündigt werden kann. Das Metallkartell hat nach reiflicher Erwägung beschlossen, den Kolleginnen und Kollegen innerhalb der Metallindustrie das Verhandlungsergebnis zur Annahme zu empfehlen. Zu diesem Zweck findet am Donnerstag eine Urabstimmung in den Betrieben der Metallindustrie Groß-Berlins statt. Wir ersuchen alle Kolleginnen und Kollegen, sich restlos an der Urabstimmung zu beteiligen.

**Die Organisation des Metallkartells.**

---

## Gewerkschaften und Deutscher Beamtenbund

Zu dem geplanten Abkommen zwischen dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund und dem Deutschen Beamtenbund hat nunmehr auch der Bundesausschuß des ADGB. Stellung genommen und folgende Entschließung gefaßt:

„Der Bundesausschuß des ADGB. hat von der Entschließung des Deutschen Beamtenbundes Kenntnis genommen. Er hält unter Aufrechterhaltung seiner früheren Beschlüsse an der Auffassung fest, daß das vorgelegte Abkommen der beiderseitigen Vorstände eine geeignete Grundlage für ein Zusammengehen der drei Spitzenorganisationen bildet. Er erwartet baldige Wiederaufnahme der vom Deutschen Beamtenbund in Aussicht gestellten Verhandlungen.

**Sollte in angemessener Frist eine Vereinbarung nicht zustande kommen, so wird der Vorstand des ADGB. beauftragt, mit den beteiligten Verbänden und dem Afa-Bund in Verhandlungen zu treten, um die Grundlage für eine gewerkschaftliche Beamtenbewegung im Anschluß an den ADGB. und Afa-Bund zu schaffen."**

---

## Sowjetrußland und das russische Proletariat

Am 19. August 1921 fand eine vom Werbeausschuß der U. S. P. D.-Eisenbahner einberufene und gutbesuchte öffentliche Versammlung im Gewerkschaftshaus statt. Dieselbe nahm im Verhältnis zu den anderen politischen Versammlungen einen sehr guten Verlauf. Genosse Minck referierte über das Thema **„Sowjetrußland und das russische Proletariat".** Er brachte in seinen sachlichen Ausführungen an Hand von zahlreichen Erfahrungen und Beweisen klar zum Ausdruck, daß dies **in Rußland keine Diktatur des Proletariats** sei, sondern eine solche der kommunistischen Partei, welche sich mit der Zeit zu einer reinen Bureaukratie herangebildet hat. Aus seinem objektiven Bericht laut des statistischen Materials auf sozialen, wirtschaftlichen, politischen, sowie auf sämtlichen Gebieten war klar zu erkennen, daß diese Gewaltherrschaft der Kommunistischen Partei in Westeuropa genau so zum Schaden des Proletariats werden würde. **Essei nicht anders, als der frühere Zarismus, welcher nur unter anderer Flagge segelte.** (Siehe Kommunistische Arbeiter-Zeitung Nr. 223.) Er führte auch einige gute Einrichtungen an. Aber trotzdem seien die Rechte, die der Arbeiter in Rußland hat, nicht so, wie sie in einem Arbeiterstaat sein müßten. Den Vergleich der Gegenseite, daß es hier in Deutschand auch so sei, konnte der Referent mit dem Hinweis entkräften, daß doch wohl ein großer Unterschied zwischen einer kapitalistischen und Arbeiterregierung sei. Wenn hier die Verhältnisse so liegen, so kämpfen wir dafür, um dieselben zu verbessern. Aber dort müßte der Rechtszustand der Arbeiter ein erheblich besserer sein. Ein jeder solle hier daraus seine Konsequenzen ziehen. (Lebhafter Beifall!)

Als Korreferent trat ihm Schiemenz von der V. K. P. D. entgegen. Trotz seiner persönlichen Verdächtigungen und Verleumdungen konnte er dem Genossen Minck keine sachlichen Entkräftigungsmomente anführen. Im Gegenteil, er mußte sogar manches bestätigen. In der Diskussion versuchten einige Anhänger des Korreferenten durch unsinnige Zwischenrufe die Versammlung zu stören. Jedoch scheiterte dies durch tatkräftiges Eingreifen unserer Genossen in die Diskussion. An Hand der realen Tatsachen konnten sie die Ausführungen des Genossen Minck nur unterstützen. Sämtliche Redner betonten, daß der Korreferent besser getan hätte, wenn er sich seine Worte gespart hätte, und diejenigen, die da glaubten, der Ton macht die Musik, mußten sich eines anderen belehren lassen. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

„Die am 19. August 1921 im Gewerkschaftshaus stattfindende Versammlung des Werbeausschusses der U. S. P. D. verlangt, daß in Anbetracht der ungeheuren Not in Rußland die drei proletarischen Parteien und der A. D. G. B. sich endlich zu einer schnellen und einheitlichen „Hilfe für Sowjetrußland" zusammenfinden und selbstlos alle Bedenken zurückstellen."

**Genossen, Eisenbahnarbeiter, Beamte! Ihr habt es gesehen, daß Ihr nur durch Eure Geschlossenheit in der Lage seid, den Zerstörern Eurer Versammlungen den richtigen Weg zu weisen. Wollt Ihr, daß in künftigen Versammlungen und in der Presse Eure Interessen vertreten werden, so bestellt, lest die „Freiheit" und werbt für dieselbe. Wollt Ihr eine geschlossene Front, um in Zukunft der Reaktion und deren Helfershelfern entgegenzutreten, die es stündlich versuchen, auf jede Art und Weise, ohne daß Ihr es merkt, Eure Interessen mit Füßen zu treten, speziell in den Staatsbetrieben, so schließt und füllt die Reihen der U. S. P. D.-Eisenbahner. Jeder Eisenbahner bestelle sein Sprachorgan die „Freiheit" bis zum 25. 8. d. J. bei der nächsten Postanstalt oder beim Verlag, Breitestr. 8-9.**

---

**Sperre.** Ueber die Firma Siemens und Halske, Baustelle Nordsüdbahn, Hallesches Tor, wird hiermit die Sperre verhängt. Kein Zimmerman darf dort arbeiten! Während des Streiks der Zimmerer hat sich dort aus den Bauarbeitern eine Streikbrecherkolonne gebildet, die die Arbeit der Zimmerer weiter ausführte. Trotz Eingreifens des Bauarbeiterverbandes konnten dieselben von ihrem unsolidarischem Verhalten nicht abgebracht werden. Bei Beendigung des Zimmererstreiks wurden durch das Verhalten der Streikbrecher 14 Zimmerer nicht wieder eingestellt. Jetzt verlangt die dortige Bauleitung, daß die übrigen dort wiedereingestellten Zimmerleute mit dieser Streikbrecherkolonne zusammen arbeiten sollen, was die Zimmerer jedoch mit Recht verweigern.

**Der Vorstand des Zentralverbandes der Zimmerer.**

**Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Gau Brandenburg.** Am 14. August fand im Berliner Gewerkschaftshause die diesjährige Konferenz der dem Gau Brandenburg angeschlossenen Filialen statt. In derselben waren 39 Filialen mit 42 Delegierten und 24 Gästen vertreten. Die Diskussion über den Tätigkeitsbericht ergab, daß die Filialen an der Tätigkeit der Gauleitung nichts auszusetzen hatten. Unter Punkt 2 der Tagesordnung referierte Müntner über **Reichsmanteltarife der Gemeinde- und Staatsarbeiter.** Hinze-Wittenberge forderte die Beseitigung sämtlicher Unterstützungen, weil die Gewerkschaften Kampf-Organisationen sein sollen. Weber-Eberswalde gab der Unzufriedenheit unserer Kollegen in Eberswalde mit dem Reichs-Manteltarif Ausdruck. In seinem Referat über den **Abschluß der Bezirkstarife für Gemeinde- und Chausseearbeiter** betonte Müller die ungeheuren Schwierigkeiten, auf die die Gauleitung beim Abschluß dieser beiden Bezirkstarife gestoßen war. Die Delegierten der Filialen Jüterbog, Nauen und Straußberg erklärten, daß ihre Kollegen sich nicht mit dem neuen Bezirkstarif befreunden könnten, sondern forderten, daß derselbe in möglichst kurzer Zeit revidiert werde. Kühne teilte dazu mit, daß die Lohntafel des Bezirkstarifes und ebenfalls der Chausseearbeiter-Bezirkstarif bereits wieder gekündigt seien. Ein Antrag der Filiale Potsdam, welcher sich mit scharfen Worten gegen die Verordnung des Reichspräsidenten vom 10. 11. 20 und gegen die Technische Nothilfe wendet, wurde einstimmig angenommen. Ebenfalls wurde ein Protest beschlossen gegen den § 55 der Schlichtungsordnung. Ein weiterer Antrag der Filiale Potsdam, die wöchentlichen Beiträge ab 1. Januar 1922 um 1 M. zu erhöhen, damit die Streikunterstützung dementsprechend erhöht werden könne, wurde dem Verbandsvorstand als Material zum nächsten Verbandstag überwiesen. Kuhlmey-Brandenburg beantragte, daß der Hauptvorstand beim Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund für eine einheitliche Regelung der Unterstützungssätze innerhalb der freien Gewerkschaftsbewegung eintreten solle. Auch dieser Antrag wurde angenommen. Zwei Anträge der Filiale Luckenwalde, welche sich auf die Ausbreitung der Agitation beziehen, wurden dem Verbandsvorstand überwiesen.

**Zum Lohnkampf der Kraftdroschkenführer.** Eine äußerst stark besuchte Branchenversammlung der Kraftdroschkenführer nahm am 17. August den Bericht über die Tarifverhandlungen entgegen. Am 12. August tagte eine Sonderkammer des Schlichtungsausschusses und fällte folgenden Spruch: Der Grundlohn beträgt 3 M. pro Schicht und 18 Prozent der Gesamteinnahme. Die Kosten des Wagenwaschens trägt der Unternehmer, der Fahrer darf nicht dazu herangezogen werden. An Urlaub wird gewährt nach einer Beschäftigungszeit von 6 Monaten bis 1 Jahr drei Tage; 1—2 Jahre fünf Tage; und 2—4 Jahre sieben Tage unter Fortzahlung des Grundlohnes. Bei Erkrankung wird nach einjähriger Beschäftigungszeit der Grundlohn bis zu drei Wochen weitergezahlt. Arbeitskräfte sind vom paritätischen Arbeitsnachweis der Stadt Berlin, Rückerstr. 9, zu beziehen, soweit nicht Verwandte in Frage kommen. In Kraft tritt der Tarif am 15. August und endet am 31. Dezember 1921. Die Verhandlungskommission empfahl der Versammlung Annahme des Schiedsspruches und Beantragung der Rechtsverbindlichkeitserklärung. Nach ausgiebiger Diskussion erklärte sich die Versammlung mit dem Vorschlag der Tarifkommission einverstanden.

**Tarifbewegung der Werkmeister in der graphischen Industrie.** Eine äußerst stark besuchte Branchenversammlung der Fachgruppe „Graphische Berufe" des Deutschen Werkmeister-Verbandes, die am 17. August tagte, beschäftigte sich eingehend mit der augenblicklichen wirtschaftlichen Lage der Werkmeister. Schiffner von der Tarifkommission schilderte die Not und Bedrängnisse der Kollegen, es sei einfach unmöglich, mit den heute gezahlten Gehaltssätzen bei den steigenden Teuerungen auszukommen. Nachstehende Resolution fand einstimmige Annahme: „Die am 17. August stark besuchte Branchenversammlung der „Graphischen Berufe" beschließt nach Anhören der Tarifkommission, dieselbe zu beauftragen, unverzüglich Schritte einzuleiten, um mit den Arbeitgeber-Verbänden der Papierverarbeitenden Industrie in Verhandlung zu treten zwecks Abschluß eines einheitlichen Tarifes für die gesamte graphische Industrie. Die Festsetzung der Gehaltssätze wird der Tarifkommission überlassen. Die Kollegen verpflichten sich einmütig, für die gestellten Forderungen einzutreten und, wenn es sein muß, dieselben mit der äußersten Konsequenz durchzuführen."

**Beendigung der Lohnbewegung im chemischen Großhandel.** Am 17. August beschäftigten sich die Arbeiter und Arbeiterinnen des chemischen Großhandels (Mineralöle und Fette) in einer vom Deutschen Transportarbeiterverband einberufenen Branchenversammlung mit dem letzten Angebot der Arbeitgeber. Nach Entgegennahme des Berichts der Lohnkommission wurde die **15prozentige Zulage, rückwirkend ab 1. Juli d. J.,** gegen eine starke Minorität angenommen. — Die Nachträge sind ab 23. August im Bureau Engelufer 14-15, Zimmer 33, in Empfang zu nehmen.

---

# Arbeitersport

## Arbeiter-Turn- und -Sportfest im Stadion

Das Arbeitersportfest des ersten Kreises des Arbeiter-Turn- und Sportbundes, das am Sonntag im Stadion stattfand, hatte einen guten Besuch aufzuweisen, jedoch nicht so stark, wie bei früheren derartigen Veranstaltungen. Schärfste Kritik verdient es, daß eine ganze Anzahl Besucher sich in der Rolle von Zaungästen der Pferderennen gefällt. Richtig wäre es gewesen, wenn diese Leute aufgefordert worden wären, das Stadion zu verlassen. Massen-Freiübungen der Jugend wurde das Fest eingeleitet. Beachtenswert waren die Freiübungen der 1. Schüler-Abteilung Cottbus. Den leichtathletischen Wettkämpfen und turnerischen Vorführungen wurde lebhaftes Interesse entgegengebracht. Mancher Zuschauer, der bisher noch einer bürgerlichen Sportorganisation angehörte, dürfte angesichts der guten Leistungen, den Entschluß gefaßt haben, dieser Organisation den Rücken zu kehren und sich den Sport-Organisationen der klassenbewußten Arbeiterschaft anzuschließen. Nachstehend die

**Resultate der Wettkämpfe:**

**Weitsprung. Männer.** 1. Pfarr, Freie Turnerschaft Schöneberg, 5,96 Meter. 2. Zorin, „Fichte"-Moabit, 5,82 Meter. 3. Tellas, Freie Turnerschaft Wilmersdorf, 5,74 Meter. — **Kugelstoßen. Frauen.** 1. Zorin, „Fichte"-Moabit, 8,06 Meter. 2. Giese, Freie Turnerschaft Schöneberg, 6,90 Meter. 3. Graf, „Eiche"-Cöpenick, 6,21 Meter. — **100-Meter-Lauf. Jugend.** 1. Heldt, A. S. C., 12,8 Sek. 2. Planner, A. S. C., 13 Sek. 3. Preuher, „Freiheit"-Rathenow, 13,3 Sek. — **4-mal-100-Meter-Staffette. Alte Herren.** 1. Fichte, Vereinsmannschaft, 51,1 Sek. 2. Schöneberg-Berlin, 54,6 Sek. 3. Fichte, 57 Sek. — **Diskuswerfen. Männer.** 1. Kalweit, „Fichte"-Moabit, 32,38 Meter. 2. Kunath, „Oberspree", 29,97 Meter. 3. Hennen, „Fichte"-Gesundbrunnen, 29,74 Meter. — **Hochsprung. Frauen.** 1. G. Grund, Wilmersdorf, 1,52 Meter. 2. Richter, „Fichte", 3. Sieb, 1,32 Meter. 3. H. Setzu, Freie Turnerschaft Charlottenburg, 1,27 Meter. — **3000-Meter-Lauf. Jugend.** 1. Wendorich, Freie Turnerschaft Luckenwalde, 10 Min. 2 Sek. 2. Kaak, „Eiche"-Cöpenick, 10 Min. 3,5 Sek. 3. Timm, Arb.-T.-u.-S.-Weißensee, 10 Min. 3,5 Sek. — **100-Meter-Lauf. Männer.** 1. Krüger, Arb.-T.-u.-S. Weißensee, 12,1 Sek. 2. Behrenns, „Fichte"-Moabit, 12,1 Sek. 3. Unger, Freie Turn- und Sportvereinig. Nowawes, Handbreit zurück. — **Kugelstoßen. Jugendliche.** 1. Siebke, Freie Turnerschaft Wilmersdorf, 9,65 Meter. 2. Schmidt, Freie Turnerschaft Cottbus, 9,51 Meter. 3. Hehnig, „Eiche"-Cöpenick, 9,19 Meter. — **10-mal-100-Meter-Staffette. Knaben.** 1. Fichte 1, 2 Min. 30,7 Sek. 2. „Eiche"-Cöpenick, 2 Min. 30,7 Sek. 3. Weißensee, 2 Min. 31,5 Sek. — **Hochsprung. Männer.** 1. Zorin, „Fichte"-Moabit, 1,70 Meter. 2. Kunath, „Oberspree", 1,59 Meter. 3. Teller, Freie Turnerschaft Wilmersdorf, 1,59 Meter. — **100-Meter-Lauf. Frauen.** 1. K. Grundt, Wilmersdorf, 15 Sek. 2. Lehmann, „Fichte"-CB, 15,2 Sek. 3. Ekemzonska, Neukölln-Heide, 15,3 Sek. — **Speerwerfen. Jugendliche.** 1. Eckert, Arb.-Turnverein Adlershof, 49,68 Meter. 2. Schmidicke, Neukölln-Britz, 36,50 Meter. 3. Krause, „Fichte", 35,68 Meter. — **Stabhochsprung. Männer.** 1. Trebath, „Fichte"-Moabit, 3,10 Meter. 2. Kunath, „Oberspree", 3,10 Meter. 3. Loose, „Freiheit"-Rathenow, 3,10 Meter. — **Weitsprung. Frauen.** 1. Klemmt, Reinickendorf, 4 Meter. 2. Waldais, Schöneberg, 3,93 Meter. 3. H. Setzu, Charlottenburg, 3,50 Meter. — **4-mal-100-Meter-Staffette. Jugendliche.** 1. A. S. C., 48,5 Sek. 2. „Fichte"-CB, 48,1 Sek. 3. Rathenow, 49,5 Sek. — **Hochsprung. Jugendliche.** 1. Kottlenski, A. S. C., 1,50 Meter. 2. Mehwald, „Freiheit"-Rathenow, 1,50 Meter. 3. Zimmer, „Freiheit"-Rathenow, 1,50 Meter. 4. Schwabe, „Fichte"-CB, 1,50 Meter. — **10-mal-75-Meter-Staffette. Mädchen.** 1. Lufenwalde, 2 Min. 42 Sek. 2. Fichte 1, 2 Min. 6 Sek. 3. „Eiche"-Cöpenick, 2 Min. 6,8 Sek. — **5000-Meter-Lauf. Männer.** 1. Wiese, Arb.-Sports. „Möwe"-Schönlanke, 17 Min. 9 Sek. 2. Lehmann, „Jahn"-Landsberg a. W., Handbreit zurück. 3. Otto, Neukölln-Britz, 17 Min. 44 Sek. — **Speerwerfen. Männer.** 1. Knuth, Eisenbahnturnen, 41 Meter. 2. Klutik, Oberspree, 39,10 Meter. 3. Köhler, „Fichte"-CB, 36,72 Meter. — **Dreisprung. Jugendliche.** 1. Thiel, „Frohsinn"-Freienfelde, 11,45 Meter. 2. Schumann, Nowawes, 11,08 Meter. 3. Lehmann, „Fichte", 22 Abt., 10,91 Meter. — **80-Meter-Hürdenlauf. Männer.** 1. Zorin, „Fichte"-Moabit, 10,7 Sek. 2. Arlt, Lichtenberg, 10,9 Sek. 3. Mix, „Freiheit"-Rathenow, 11,5 Sek. — **4-mal-100-Meter-Staffette. Frauen.** 1. Wilmersdorf, 56,8 Sek. 2. Neukölln, 57,5 Sek. 3. „Fichte"-CB, 58,2 Sek. — **4-mal-100-Meter-Staffette. Männer.** 1. Moabit, 46,7 Sek. 2. Lichtenberg, 46,8 Sek. 3. A. S. C., 2. Mannschaft, 47,1 Sek. — **Olympische Staffette. Jugendliche.** 1. A. S. C., 4 Min. 11,5 Sek. 2. Fichte 9, 4 Min. 15,5 Sek. 3. Fichte 9, Vereinsmannschaft, 4 Min. 20 Sek. — **4-mal-1000-Meter-Staffette. Männer.** 1. A. S. C., 8 Min. 33,4 Sek. 2. Wilmersdorf, 8 Min. 38,4 Sek. 3. Fichte, Vereinsmannschaft, 8 Min. 41,3 Sek. — **Landdorf-Staffette, 10 mal 75 Meter.** Lichtenberg, 2 Min. 8 Sek.

---

## Jugendbewegung

**Zentrale Berlin C 2, Breite Str. 8-9.** Donnerstag, ½8 Uhr, Zentralvorstandssitzung. Alle Gruppenvertreter müssen pünktlich erscheinen. — **Agitationsausschuß Osten,** umfassend die Gruppen Osten, Lichtenberg, Stralau, Nordosten, Prenzlauer Berg und Weißensee. Am Mittwoch, abends 7 Uhr, bei Seipke, Kronprinzen-Ecke Schanzwebersstraße (Ringbahnhof Frankfurter Allee), Sitzung aller Funktionäre aller Gruppen. — **Gruppe Osten.** Freitag, Jugendheim, Frankfurter Str. 16, Vortragssaal 2, Vortrag über „Proletarisches Denken". — **Lichtenberg.** Dienstag und Freitag bei Seipke, Kronprinzen-, Ecke Schanzwebersstraße. — **Stralau.** Schule Gubenerstraße. — **Prenzlauer Berg.** Freitag, Schule Fröbelgegener Straße. — **Norden.** Dienstag, Freitag bei Lohmann, Hessenstr. 42. — **Wedding.** Dienstag Funktionärsitzung, Schule Müller-, Ecke Triftstraße. Mittwoch Arbeitsgemeinschaft bei Laukant, Nordufer 11. Freitag Nasenspiele, Schillerpark; Treffen 7 Uhr Virchow-Krankenhaus. — **Gesundbrunnen.** Schule Gotzkowskystraße 2. — **Rosenthaler Vorstadt.** Schule Kuppiner Str. 70, Vortrag: Stammt der Mensch vom Affen ab? — **Westen.** Wiemers, Bülowstr. 37. Freitag Referat: Pazifismus und Sozialismus. — **Charlottenburg.** Dienstag, Freitag, Spreestr. 29, Gem.-Schule. — **Neukölln.** Jugendheim, Schierkestr. 41. Dienstag Vortrag: Das Volkslied. Liederbücher mitbringen. Freitag Vortrag: Alkohol im Klassenkampf.

---

## Parteiveranstaltungen

**Jugendweihe. 19. Verwaltungsbezirk.** Der Vorbereitungsunterricht findet jeden Mittwoch, nachmittags 4½ Uhr, in der Mittelschule, Parkaue, Eingang Neue Schönhauser Str. 10, statt. Anmeldungen zur Jugendweihe werden noch beim Unterricht angenommen.

### Dienstag, 23. August

**20. Verwaltungsbezirk (Reinickendorf-Ost).** Abends 7 Uhr Elternversammlung der 4. B.-Schule in der Aula der 4. Schule am Hausotterplatz.

**5. Distrikt (Moabit).** Abends 7 Uhr Generalversammlung, Schulaula, Zwinglistraße 37. Tagesordnung: Bericht aus dem Rathaus. Diskussion. Aufstellung der Kandidaten zur Stadt- und Bezirksverordnetenversammlung. Distriktsangelegenheiten.

**13. Distrikt und Stralau.** Abends 7 Uhr in den Comeniusstuben, Memeler Str. 67, Generalversammlung. Tagesordnung: Vortrag und Kandidaten-Aufstellung zur Stadt- und Bezirksverordnetenversammlung. Mitgliedsbuch legitimiert.

### Mittwoch, 24. August

**15. Verwaltungsbezirk, Abteilung Oberschöneweide.** Die Mitgliederversammlung fällt aus.

**9. Verwaltungsbezirk** (Wilmersdorf, Schmargendorf, Grunewald). Abends 7 Uhr im Stadthaus, Schäperstr. 1—10, Vorstands-, Fraktions- und Funktionärsitzung. Erscheinen dringend erforderlich.

**Neukölln.** Abends 8 Uhr Sitzung der Kinderschutzkommission und Besprechung der Kinderrinnen im Rathaus, Sitzungssaal 2.

**Charlottenburg, 8. Abteilung.** Abends 7 Uhr Extravorstandsabend bei Glaubegut, Nürnberger Str. 24. Vortrag des Genossen Dr. Löwenstein.

**Charlottenburg.** Abends 7½ Uhr Versammlung aller Elternbeiräte bei Gottmann (früher Paul), Lützower Str. 8.

**Lichtenberg-Stadt.** 7½ Uhr Frauenlesesabend im Cecilienlyzeum (Eingang Rathausstraße. Referent: Gen. Lehrer Schulz. Thema: Paul, Schulgründung. Gäste willkommen. Genossen zahlreich erscheinen!

**Heinersdorf.** Abends 8 Uhr Extravorstandsabend bei Stuf, Rothenbachstraße. Genosse Meisel gibt Bericht der Wohnungsfrage Heinersdorfs.

---

## Vereinskalender

### Dienstag, 23. August

**Zentralverband der Angestellten. Bekleidungsindustrie.** Abends 6 Uhr [illegible] Versammlung in den Arminhallen, Kommandantenstr. 58-59.

# „Glücksritter"

## Köhn, Klante und Konsorten

Die Postkartenhändler sind eine phantasielose Zunft. Wenn sie den richtigen „Riecher" hätten, würden sie heute in ganz Berlin Aufnahmen von Max Klante zu kaufen und damit glänzende Geschäfte machen. Sie haben doch stets die populärsten Männer auf Lager. Warum haben sie nicht auch Klante herausgebracht, der sich im Zirkus Busch von den Tausenden, die noch an ihm glauben, nahezu heiligsprechen ließ? Ist er doch wirklich eine Seltenheit ersten Ranges. Der Leiter eines „Wettkonzerns", der noch nicht pleite gegangen ist, während die Köhn, Bielermann und Konsorten ihre schätzenswerte Mitarbeit an der Entwicklung des deutschen Wohlstandes „plötzlich und unerwartet" aufgeben mußten, um unter dem Fluche zahlreicher „trauernder Hinterbliebener" in die Grube zu fahren, die teils die Glücksgöttin, teils der Staatsanwalt ihnen gegraben hat.

Wenn es an der Schwindelaffäre der „Wettkonzerne" etwas Gutes gibt, so ist es die erzieherische Wirkung, die der Riesenreinfall wenigstens bei einem Teile derjenigen ausüben wird, die das Glück der Köhn und Klante versucht haben. Es ist eine Art öffentlicher Moralunterricht, der weiten Schichten aller Volkskreise erteilt worden ist. Freilich ist das Lehrgeld sehr hoch und wird in keinem Fall zurückgezahlt, am wenigstens denjenigen, die noch nicht klug geworden sind und etwa versuchen, bei Klante wieder herauszuschlagen, was sie bei Köhn einbüßten.

Man kann beim besten Willen mit den Hereingefallenen nicht allzuviel Mitleid haben. Es gibt einen Grad von Dummheit, der bestraft werden muß. Man braucht weder höhere Mathematik noch Wirtschaftstheorie studiert zu haben, um zu wissen, daß es kein Mittel auf der Welt gibt, um den Zufall zu zwingen, um stets zu gewinnen. Ob man einen harmlosen Pfennigskat oder Poker spielt — es ist noch nie dabei vorgekommen, daß alle gewonnen haben, oder daß einer immer gewann! Gewöhnlich stellt es sich heraus, daß die Glückspilze mit den langen „Serien" Betrüger waren.

Nie ist es nur möglich, daß anscheinend keiner von den Anhängern der „Wettkonzerne" auf folgenden einfachen Gedanken gekommen ist: Wenn ein Mann wirklich das Geheimnis des „Glücksritters" besitzt, warum scheffelt er dann die Millionen nicht für sich allein? Wie kommt es, daß grade diese Leute, die doch keineswegs Proletarier sind, so sehr für das Teilen schwärmen, daß sie an ihrem Gewinn nur Freude haben, wenn sie recht vielen Beteiligten 200 Prozent in zwei Monaten auszahlen können? Wenn bei der Sache gar kein Risiko ist, wenn „bombensichere Tips" Gewähr leisten gegen jeden Verlust, warum dann so viel unangebrachte Menschenfreundlichkeit? Die Wetter um Köhn und andere haben die Antwort bereits bekommen. Wer von den Anhängern Klantes keine Lehre daraus zieht, wird bald ebenfalls aus einem Gläubiger zu einem Gläubiger geworden sein!

Daß Klante ein „Glücksritter" ist, wagen wir nicht zu bestreiten. Ist es etwa kein Glück, wenn man soviel Dumme findet, daß man durch sie herrlich und in Freuden leben kann, ein Automobil sein eigen nennt und außerdem noch in aller Oeffentlichkeit Lorbeerkränze umgehängt bekommt wie ein richtiger Volksheld? Die Klante's haben Glück — weil sie die Dummheit ihrer lieben Menschen richtig einschätzen und wissen, wo sie den Hebel anzusetzen haben!

Sie sind überhaupt immer da, wo es was zu machen gibt und haben eine überaus feine Witterung für die Bedürfnisse der niederen Instinkte. Ein Musterbeispiel hierfür ist Herr Köhn. Bevor er Herrn Klante's großartige Idee nachahmte, versuchte er es mit Politik und Journalistik. Seine Tribüne war die „Allgemeine Fleischschlächterzeitung", in der er nicht nur die schlachtfähigen Rösser bekämpfte, sondern auch die Sozialdemokratie und das Judentum. In einem Artikel vom 20. Juni 1919 über die schändliche Weltherrschaft des Judentums schrieb er: „Ich bin bereit, das Fundament zu einem Bund für bestes deutsches und menschliches Wesen zu legen. Wer hilft mir bauen? Ich habe gewählt!" Und er wählte dann die Gründung einer Wettbank und betrog Tausende, die in ihrer Dummheit auf den Schwindel dieses alldeutscher Gauners hereinfielen.

Die Beziehungen zwischen den Nutznießern der Dummheit in politischer und in finanzieller Hinsicht scheinen überhaupt recht eng zu sein. Besonders Herr Wulle nimmt sich des Klante-Konzerns an, und so kommt es, daß einmal die täglich fällige „politische Sensation" seines Blattes nicht auf der ersten Seite stand, sondern auf der letzten. Vorn verbreitete sich Graf Reventlow über die Streikbrecher-Legende, hinten Max Klante über die Pleite-Legende. Alle andern Blätter hatten es anscheinend abgelehnt, sich weiterhin gegen Bezahlung dazu herzugeben, Herrn Klantes stündlich zu erwartende Pleite für ihn noch ergiebiger zu gestalten.

Wir könnten auf die ganze Geschichte mit heiterer Gelassenheit herabsehen, wenn nicht eine Reihe von Zuschriften uns bewiesen, daß auch zahlreiche Arbeiter der Versuchung nicht widerstehen konnten, ihr Geld bei Klante, Köhn und Konsorten anzulegen. Wie ist es möglich, daß ein klassenbewußter Arbeiter so sehr seiner eigenen Ueberzeugung und sittlichen Anschauung zuwiderhandeln kann? Hat es einen Sinn, gegen den Kapitalismus zu wettern und im Mehrwert den Kern alles sozialen Uebels zu sehen, wenn man sein Geld zu den Wettkonzernen trägt, in der Hoffnung, auf die unsittlichste Weise binnen kurzem einen „Mehrwert" von 100 Prozent einzustreichen? Ein Teilnehmer der Klante-Versammlung im Zirkus Busch schreibt:

„Wenn man von dieser Zirkusversammlung auf die gesamte Arbeiterschaft Berlins schließen dürfte, dann müßte man allerdings an ihrem Aufstieg verzweifeln! Mit Leuten, die es fertig bringen, diesem „einfachen Mann", bei seiner Abfahrt mit einer eleganten Limousine noch Hoch und Hurrah nachzubrüllen, ist, wie mir scheint, jede politische und gewerkschaftliche Arbeit unmöglich!"

Das ist ein hartes, aber nur zu gerechtes Urteil. Wir können den Arbeitern, die sich zu Steigbügelhaltern der „Glücksritter" gemacht haben, nur wünschen, daß der empfindliche Schaden, den sie erlitten haben, sie nicht nur klug macht, sondern auch ihrer proletarischen Würde wieder energisch auf die Beine hilft. Beides ist nötig.

---

# 25. deutscher Ortskrankenkassentag

k. Hannover, 21. August 1921.

Der Verbandsvorsitzende Fräßdorf-Dresden begrüßte die Erschienenen.

Geschäftsführer Lehmann erstattet den

**Bericht über das letzte Jahr.**

Der Verband befindet sich in steter Aufwärtsentwicklung. Es gehören ihm jetzt rund 1400 Kassen mit etwa 8¾ Millionen Mitgliedern an. Das Vermögen beträgt zurzeit 384 000 M. Lehmann kommt auf die neuesten Aenderungen der sozialen Versicherungsgesetze zu sprechen. Nach der Berichterstattung wird durch Verbandsbeschluß der Hauptverband beauftragt, dahin zu wirken, daß die Gehaltsgrenze für die Versicherungspflicht der Angestellten erhöht wird, der Grundlohn zur Verrechnung der Beiträge und Leistungen bis auf 40 M. täglich erhöht werden kann, daß die Einkommensgrenze von 2500 M. für den freiwilligen Eintritt Selbstversicherter beseitigt wird. Es werden zwei Entschließungen angenommen. Die eine betrifft die Krankenversicherung in Oberschlesien, die andere richtet sich energisch gegen die eingetretene Brotverteuerung.

Es folgt dann die Erledigung des 2. Punktes der Tagesordnung: Die

**Ausgestaltung der Kassenleistungen.**

Es spricht hierzu Verbandsvorsitzender Fräßdorf-Dresden und Verwaltungsdirektor Köhn-Berlin. Sie begründen eine Entschließung, nach der die Barleistungen der Kassen entsprechend der Geldentwertung erhöht werden sollen, die Gewährung des Krankengeldes vom ersten Tage der Erwerbsunfähigkeit an geschieht, die Heilung Schwerbeschädigter in besserem Verfahren betrieben wird, die Hauspflege ausgebaut wird, die Familienhilfe, d. h. freie ärztliche Behandlung und Heilmittel an Familienangehörige eine Ausgestaltung erfährt usw.

Ueber die

**Arztfrage**

spricht Geschäftsführer Lehmann-Dresden. Man sei in den Beziehungen zu den Aerzten noch zu keinem befriedigenden Zustande gekommen. Das Schiedswesen müsse gesetzlich geregelt werden. Es muß ein Zwang bestehen, die Schiedsstellen anzurufen. Es werde zurzeit ein Gesetzentwurf ausgearbeitet, der die Arztfrage in der Krankenversicherung regeln soll. Er werde aber als vertraulich bezeichnet. Man müsse auf eine bessere Arbeitsgemeinschaft mit den Aerzten hinwirken. Wir besitzen jetzt über 25 000 praktizierende Aerzte in Deutschland. Durch die große Zahl der Medizinstudierenden werde die Ziffer in nächster Zeit erheblich steigen. Die Ausgaben an Arzthonorar seien bei den Kassen viel mehr gestiegen als die Einnahmen. Ein Tarifvertrag kann die notwendige gesetzliche Regelung der Arztfrage nicht ersetzen. Gleichwohl müsse dieses Tarifwesen verbessert werden. Notwendig sei eine ärztliche Reichsgebührenordnung für Krankenkassen. Aufgabe der Kassen muß es sein, den ärztlichen Dienst durch Ambulatorien zu zentralisieren. Bei der freien Arztwahl beziehen einige Aerzte riesige Honorare. Jahresbezüge von 50 000 bis 60 000 M. seien keine allzugroße Seltenheit. Im allgemeinen gehen die jetzigen Bezüge weit über das hinaus, was selbst die Aerzte erwartet haben. Das können die Kassen bei ihrer finanziellen Lage nicht auf längere Zeit aushalten. Die mit den Aerzten gepflogenen Verhandlungen waren bisher für die Kassen ohne Erfolg.

In der Aussprache wendet sich Neumann-Wiesbaden besonders dagegen, daß die Kassen die Aerzte nach Einzelleistungen honorieren. Hierauf wird die Entschließung einstimmig angenommen.

---

# Die Gemeindevertreterkonferenz der USP. Berlin-Brandenburg

(Schluß von der Abendausgabe.)

Nach den Ausführungen des Gen. Nadtke sprach Bürgermeister Gen. Leid über die rechtliche Stellung der Gemeinde zu Kreis, Provinz und Staat.

Das Gemeindeverfassungsrecht bietet das Bild einer großen Buntscheckigkeit. Neben der Städteordnung bestehen die verschiedensten Landgemeindeordnungen, Kreis- und Provinzordnungen. Alle diese Ordnungen sind auf dem Gedanken des Obrigkeitsstaates aufgebaut. Da wir nun aber diesen alten Staat beseitigt haben, müssen auch alle die Dinge beseitigt werden, die auf ihn zugeschnitten waren. Um so mehr, als wir auf dem besten Wege sind, in das Fahrwasser jenen alten Staates zurückzugelangen. Im Vorjahre waren die neuen Entwürfe fertig. Jetzt endlich hat es den Anschein, als ob die neuen Bearbeitungen dem Landtag beim Zusammentritt vorgelegt werden.

Auch die neue Städteordnung ist jetzt fertiggestellt. Anders steht es hingegen mit der Landgemeindeordnung. Hier sind starke Widerstände am Werke, eine vernünftige Regelung der Fragen unmöglich zu machen. **Besonders handelt es sich dabei um die Beseitigung der Gutsbezirke.**

Wenn die Entwürfe aber noch lange „bearbeitet" werden, dann wird der letzte freiheitliche Rest daraus verschwunden sein. Wir vertreten demgegenüber den Standpunkt, daß der Aufbau der Entwürfe grundlegend falsch ist. Man spricht so viel von der Selbstverwaltung der Gemeinden. **Es gibt augenblicklich keine Selbstverwaltung.** Die Stellung der Gemeinden hat sich verändert. Wir fordern ein einheitliches Recht; nur dadurch kommen wir zu einem gesunden Aufbau. Das hindert aber nicht, zu prüfen, wie die Dinge jetzt laufen.

Es sind eine ganze Reihe von Fragen, die einer Klärung bedürfen. Wer hat z. B. das Bürgerrecht? In vielen Gemeinden haben wir noch ein solches Vorrecht, daß dem Besitzer gewisse Vorteile bietet. Damit muß aufgeräumt werden. Wichtiger ist die Frage: Magistrats- oder Bürgermeisterverfassung? Besonders im Rheinland haben wir die sogenannte Bürgermeisterverfassung, d. h. eine Verfassung, die dem Stadtoberhaupt große Rechte gibt im Gegensatz zu den Gemeinden, die ein bestimmendes Magistratskollegium besitzen. Es gibt auch bei uns Genossen, die der Bürgermeisterverfassung den Vorzug geben. Im Gegensatz dazu sei auf die neue sächsische Verfassung verwiesen, die auch für uns viel Anerkennenswertes bietet. Besonders die Beamtenverhältnisse verdienen Nachahmung. Wir sind gegen die langjährigen Anstellungen der Magistratsmitglieder oder gar die auf Lebenszeit.

Eine wesentliche Frage ist die der **Bestätigung.** Heute muß ein Magistratsmitglied usw. erst seine Bestätigung vom Regierungs- resp. Oberpräsidenten erhalten. Das muß auf jeden Fall beseitigt werden. Wenn von der „Selbstverwaltung der Gemeinden" gesprochen wird, dann müssen die Gemeinden vor allem das Recht haben, zu wählen, wen sie wollen. Wir müssen bei der nächsten Gemeinde-Wahl gerüstet dastehen. Besonders auf dem flachen Lande wird die Frage der Beseitigung der Gutsbezirke mit lebhaftem Interesse verfolgt. Wenn die Regierung sagt, es wäre nicht möglich, alle Gutsbezirke zu beseitigen, dann wissen wir, daß es bei gutem Willen doch geschafft werden kann.

Der Vorschlag über die Provinz-Autonomie **bedeutet aber nichts anderes als die Aufrichtung einer Reihe reaktionärer Provinzen.** Er bedeutet das deswegen, weil die jetzigen Aufsichtsbehörden und der übrige alte, reaktionäre Rahmen bestehen bleiben.

Alle die Fragen, die wir heute betrachtet haben, zeigen, wie notwendig es ist, diese Dinge systematisch durchzuarbeiten. Eines müssen wir dabei stets beachten. Bei allem Streben, unsere Gedanken durchzusetzen, kommen wir darüber nicht hinweg: neue Mittel und Einnahmen schaffen. Die Beschaffung derselben wird stets Mittel zum Zweck sein. Wenn jeder in diesem Sinne arbeitet und wenn jeder seine Aufgabe so auffaßt, dann arbeitet er für die Verwirklichung des Sozialismus.

Die Diskussionsredner stimmten dem Referenten im wesentlichen zu. Von einigen Rednern wurde aber die Lustbarkeitssteuer bekämpft, die in den ländlichen Bezirken auf gewisse Schwierigkeiten stoßen würde.

Die nachstehende Resolution, die der Gen. Nadtke einbrachte, fand einstimmige Annahme.

### Resolution

**Die am Sonntag, den 21. August 1921, in Berlin tagende Konferenz aller U. S. P.-Gemeindevertreter, Stadtverordneten, Kreistagsabgeordneten und in Gemeinden besoldet oder ehrenamtlich tätigen Parteigenossinnen und -genossen der Provinz Brandenburg und der Grenzmark, stellt angesichts der trostlosen Finanzverhältnisse in allen Gemeinden folgende Forderungen auf: 1. Da durch die Reichssteuergesetzgebung die Gemeinden ihrer wichtigsten, am gerechtesten zu gestaltenden Einnahmequelle, der Erhebung gemeindlicher Zuschläge zur Einkommensteuer beraubt und in der Nutzbarmachung ergiebiger Realsteuern beschränkt sind, ist Reich und Staat verpflichtet, den Gemeinden zur Durchführung ihrer Aufgaben die erforderlichen Mittel als Zuschüsse bereitzustellen. 2. Den Gemeinden sind bei dem Ausbau der Realsteuern (Grund-, Gebäude-, Grunderwerbs-, Wertzuwachs-, Gewerbesteuer) keine Hindernisse zu bereiten, entgegengesetzte Bestimmungen sind aufzuheben. 3. Die von den Gemeinden außerdem noch beschlossenen Steuern sind von der Aufsichtsbehörde nur dann zu beanstanden, wenn sie gegen Gesetze verstoßen. 4. Unabhängig von diesen vorläufigen Maßnahmen ist sofort die progressiv gestaffelte Besteuerung von Vermögen, Erbschaften und Einkommen vorzunehmen, an diesen Steuern sind alsdann die Gemeinden ihren Bedürfnissen entsprechend zu beteiligen.**

Nach den kurzen Schlußworten der beiden Referenten und nach einigen markigen Worten des Gen. Bormann fand die Konferenz ihr Ende.

Der ganze Verlauf der Tagung hat den Beweis erbracht, wie notwendig dieselbe war. Weitere Konferenzen dieser Art werden folgen und mit dazu beitragen, daß der Gedanke der sozialistischen Kommunalpolitik auch im kleinsten Provinzdorf Boden faßt.

---

# Erste gewerkschaftliche Jugendkonferenz des A. D. G. B.

t. Cassel, den 19. August.

Sassenbach (Berlin) eröffnet die Tagung und weist darauf hin, daß dieselbe Stellung nehmen soll zu praktischen Fragen der gewerkschaftlichen Jugendbewegung. Es solle sich um eine Arbeitskonferenz handeln, die dazu diene, Mittel und Wege zu suchen, um ein übereinstimmendes Arbeiten der einzelnen Gewerkschaften zu ermöglichen.

Bei Erledigung der üblichen geschäftlichen Angelegenheit werden als Vorsitzende bestimmt: Sassenbach (Berlin) und Braunersreuther (Cassel) und als Beisitzer Maschke (Berlin) und Osterroth (Bochum).

Die Konferenz nimmt sodann das Referat von Pietsch (Berlin) über den

**Stand der gewerkschaftlichen Jugendarbeit**

entgegen.

Er gibt in großen Zügen eine Schilderung der Geschichte und der Entwicklung der gewerkschaftlichen Jugendbewegung in der Vergangenheit bis zur Gegenwart. Im Anfang des Jahres 1921 wurde vom A. D. G. B. der Reichsausschuß der Arbeiterjugendorganisationen gegründet. Nach einer vom A. D. G. B. veranstalteten statistischen Erhebung ergab sich folgendes Resultat: In 24 Hauptverbänden waren 252 196 Jugendliche organisiert. Die wirkliche Zahl der in den freien Gewerkschaften erfaßten Jugendlichen dürfte mit 300 000 nicht zu hoch veranschlagt sein, das sind ca. 20 Prozent der gewerbsmäßigen Jugendlichen.

Pietsch wies mit besonderem Nachdruck darauf hin, daß heute wohl kein Tarifvertrag mehr abgeschlossen wird, der nicht gleichzeitig eine Regelung bestimmter Fragen der jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen vorsieht. Festzustellen sei, daß das Reichsarbeitsministerium solche Bestimmungen in Tarifverträgen für allgemein verbindlich erklärt habe. Neuerdings beschäftigte sich das R. A. M. mit der Frage eines Lehrlingsgesetzes. Einen bemerkenswerten Schritt vorwärts habe der Tarifausschuß für das deutsche Buchdruckgewerbe getan, der eine Lehrlingsordnung ausgearbeitet und in Kraft gesetzt habe. Die gegenwärtige Entwicklung zeige den Gewerkschaften ganz neue Aufgabengebiete. Durch die Tätigkeit der Gewerkschaften sei die veraltete Rechtsgrundlage des Lehrlingswesens bereits außerordentlich erschüttert. Die Grundlagen für das werdende neue Recht hätten die Gewerkschaften vorbereitet. Zu den neuzeitlichen Problemen gehöre zweifellos auch die Berufsberatung. Als ein besonderes Aufklärungs- und Propagandamittel habe sich die Herausgabe von besonderen Jugendzeitschriften ergeben. Es beständen heute schon elf gewerkschaftliche Jugendzeitungen. Eine Anzahl Ortsausschüsse haben Jugendkartelle geschaffen. Die finanziellen Aufwendungen für die gewerkschaftliche Jugendbewegung seien recht beträchtliche. Die Ausgaben seien von 45 000 M. im Jahre 1914 auf 150 000 M. im Jahre 1920 gestiegen.

Zum Schlusse seiner Ausführungen wies Pietsch darauf hin, daß die arbeitende Jugend ein Teil der gesamten Arbeiterbewegung ist.

Ueber

**Aufgaben und Wege der gewerkschaftlichen Jugendarbeit**

referierte Maschke-Berlin. Er führte aus, daß zu den von den Gewerkschaften zu vertretenden Arbeitnehmerschichten selbstverständlich auch die schulentlassene erwerbstätige Jugend und darüber hinaus alles, was einmal als Arbeiter in Frage komme, gehöre. Dieselbe müsse bewußt zu solidaritätserfüllten Gewerkschaftlern herangebildet werden. In erster Linie obliege den Gewerkschaften die Sorge für das wirtschaftliche Wohl ihrer jugendlichen Berufsangehörigen. Die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse unter Einfluß der Gewerkschaften sowie die Förderung der Berufsausbildung würde sowohl durch das Interesse der Jugendlichen selbst, wie auch durch das der erwachsenen Arbeitnehmerschaft erfordert. Auf gesetzgeberischem Gebiet müsse man allen Maßnahmen besondere Aufmerksamkeit zuwenden, die zum wirtschaftlichen Schutz, zur Wohlfahrt, Bildung und Pflege der Jugend dienten. Demzufolge gäbe auch die praktische Auswirkung dieser Gesetzgebung, Jugendämter, Berufsämter, Wohlfahrtspflege, Fach- und Fortbildungsschulwesen usw., den Gewerkschaften ein wichtiges Tätigkeitsgebiet. Die Gewerkschaften erblickten in der nach sozialistischen Grundsätzen geregelten Wirtschaft gegenüber der kapitalistischen Wirtschaft die höhere Form der volkswirtschaftlichen Organisation. Daher sei die Heranbildung der Jugend dieser Auffassung entsprechend eine Notwendigkeit. Zur Leistung dieser Arbeit seien besondere Jugendveranstaltungen zu treffen. Die Herausgabe von Jugendzeitschriften resp. von Beilagen zu den Verbandszeitungen für die Jugend sei empfehlenswert. In den Bereich der besonderen Jugendveranstaltungen gehörten alle Tätigkeitsgebiete der Jugendbildung und Jugendbewegung. Neben der geistigen Weiterbildung sei der Pflege der Solidarität und der Weckung des Gemeinschaftssinnes bei den jugendlichen Arbeitern und Arbeiterinnen besondere Aufmerksamkeit zu widmen. Die Organisationsform sei eine Frage der Zweckmäßigkeit; empfehlenswert sei die Einsetzung besonderer Jugendkommissionen. Maschke weist zum Schlusse seiner Ausführungen darauf hin, daß die jugendliche Arbeitnehmerschaft die Träger der kommenden sozialistischen Wirtschaftsform sein werde. Darum müsse man als Haupterfordernis aufstellen: **Besserstellung der wirtschaftlichen Lage, berufliche Ertüchtigung, körperliche und geistige Gesundheit, sozialistisches bewußtes Denken und Empfinden.**

An diese beiden Referate schloß sich eine lebhafte und ausgedehnte Diskussion. Nach Schlußworten der beiden Referenten wurde eine Kommission zur Prüfung der von den Referenten vorgelegten Richtlinien sowie der zu den beiden Referaten zahlreich eingegangenen Anträge eingesetzt.

---

**Folgen des wirtschaftlichen Elends.** Die Rekrutierung der Freiwilligen für die spanische Fremdenlegion, vom spanischen Konsulat in London organisiert, wird fortgesetzt. Am Donnerstag standen bereits in den ersten Morgenstunden etwa 2500 Personen an den Pforten des Konsulats, um sich anwerben zu lassen, zahlreiche Rekrutierungen wurden vorgenommen. — Es ist wohl nur die schwere soziale Notlage, die imstande ist, immer noch eine größere Zahl von Menschen freiwillig dem Kriegsdienst zuzuführen. Wie wäre es sonst denkbar, daß sie ihre Heimat verlassen, um in den Sandwüsten Marokkos unterzugehen?

Verantwortlich: für Politik u. Feuilleton: Leo Liebschütz, Berlin-Friedenau; für Kommunalpolitik, Lokales und Gewerkschaftliches: J. V.: Robert Henkel, Berlin; für den Inseratenteil und geschäftliche Mitteilungen: Ludwig Kemeriner, Charlottenburg. — Verlagsgenossenschaft „Freiheit", e. G. m. b. H., Berlin. — Druck der Berliner Druckerei G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstraße 3.

# Arbeiter der Metallindustrie Groß-Berlins!

Nachstehend unterbreitet das Metall-Kartell das Verhandlungsergebnis zwischen den dem Metall-Kartell angeschlossenen Organisationen und dem Verband Berliner Metall-Industrieller:

Mit Rücksicht auf die bevorstehende Teuerung ist die Verhandlungs-Kommission des Verbandes Berliner Metall-Industrieller bereit, ihrer Vertrauens-Kommission folgendes zur Annahme zu empfehlen, vorausgesetzt, daß auch die Verhandlungs-Kommission des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes ihren zuständigen Organen diesen Vorschlag gleichfalls zur Annahme empfiehlt.

1. Die Tariflöhne der **männlichen** Arbeiter über 21 Jahre werden um 60 Pfg. pro Stunde erhöht. Die Akkordbasen werden den Einstellungslöhnen gleichgesetzt.
2. **Arbeiter von 18 bis 21 Jahren** erhalten eine Erhöhung ihrer Tariflöhne um 50 Pfg. pro Stunde.
3. Jugendliche Arbeiter **unter 18 Jahren** erhalten eine Erhöhung ihrer Tariflöhne um 25 Pfg. pro Stunde für das 14.—15. und 15.—16. Jahr,
   um 35 Pfg. pro Stunde für das 16.—17. und 17.—18. Jahr.
4. **Arbeiterinnen** an Maschinen und Handarbeiterinnen, deren Leistungen nicht mit den Leistungen männlicher Arbeiter verglichen werden können, erhalten eine Erhöhung der Tariflöhne um 40 Pfg. Die Akkordbasis wird auf Mk. 3.65 pro Stunde erhöht.
5. In der **Glühlampen-Industrie** beschäftigte Arbeiterinnen erhalten in Gruppe I 40 Pfg. Erhöhung des Tariflohnes, die Akkordbasis wird auf Mk. 3.85 erhöht; in der Klasse II ebenfalls 40 Pfg. Erhöhung des Tariflohnes, die Akkordbasis wird auf Mk. 3.65 erhöht.
6. **Jugendliche Arbeiterinnen unter 18 Jahren** erhalten im Alter von 14—15 und 15—16 Jahren eine Erhöhung der Tariflöhne um 20 Pfg. pro Stunde, im Alter von 16—17 und 17—18 Jahre um 25 Pfg. pro Stunde.
7. Die **Teuerungszulagen** werden auf Mk. 24.— erhöht und zwar sowohl die Ehefrauenzulagen sowie auch die für jedes Kind zu gewährende Kinderzulage.

Bezüglich der Erhöhung der einzelnen **Akkordsätze** infolge Erhöhung der Akkordbasen gilt, daß bei sämtlichen Akkordsätzen, bei denen der Arbeiter die neue Akkordbasis erreicht hat oder darunter bleibt, eine Erhöhung der Akkordsätze im Verhältnis der neuen Akkordbasis zur alten Akkordbasis vorgenommen wird.

Akkorde, bei denen die neue Akkordbasis bereits jetzt um mehr als 10% überschritten wird, werden nicht erhöht.

Akkorde, bei denen die Akkordverdienste zwischen diesen beiden Grenzen liegen, werden nach **gleitenden,** fallenden Umrechnungssätzen erhöht. Der Umrechnungssatz ist bei Akkorden, bei denen die neue Akkordbasis bereits erreicht wird, das Verhältnis neuer Akkordbasis zu alter Akkordbasis, er endet bei Akkorden, bei denen neue Akkordbasis plus 10% bereits erreicht wird, mit dem Umrechnungssatz 1.

**Die Erhöhungen treten mit dem Beginn der auf den 1. September 1921 folgenden oder am 1. September 1921 beginnenden Lohnwoche in Kraft.**

Berlin, den 20. August 1921.

Als **Protokollnotizen** sollen vereinbart gelten:

1. Es besteht Einstimmigkeit darüber, daß der Beschluß des Hauptausschusses, demzufolge in außergewöhnlich ungünstigen Fällen für die Berechnung der Urlaubsbezahlung nicht die letzten 6 Wochen vor dem Urlaub herangezogen werden, nur dann gilt, wenn es sich tatsächlich um besonders krasse Fälle handelt, bei denen beispielsweise 4 oder noch mehr Wochen lediglich Abschlagszahlungen für Akkordarbeiter enthalten.
2. Bezüglich XIV, Ziffer 6 des Tarifvertrages, herrscht Uebereinstimmung darüber, daß durch diese Bestimmung Vereinbarungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern nicht verboten werden, durch die dem Tarif nicht entsprechende Bedingungen in dem Tarif entsprechende Bedingungen umgewandelt werden. Ebenso ist in dieser Ziffer eine Verpflichtung, derartige Vereinbarungen herbeizuführen, nicht enthalten.
3. Es herrscht Uebereinstimmung darüber, daß die in Vorschlag gebrachten Zulagen sich auf die Tarifsätze beziehen. Dem Tarif nicht entsprechende Ueberschreitungen der Tarifsätze können in die Zulage eingerechnet werden.
   Hierzu gehören u. a. solche Zulagen, die unter dem Namen der Ausgleichs- und Künstlerzulage zwar bewilligt wurden, bei denen jedoch die tariflich festgelegten Voraussetzungen für diese Zulagen nicht zutreffen. Treffen hingegen diese Voraussetzungen zu, so müssen die Ausgleichs- und Künstlerzulagen auch über die erhöhten Tarifsätze hinaus beibehalten werden.

Berlin, den 20. August 1921.

Die Funktionäre des Metall-Kartells haben in ihrer am 22. August stattgefundenen Sitzung zu dem Verhandlungsergebnis Stellung genommen und sind zu dem Beschluß gelangt, das Ergebnis den Kolleginnen und Kollegen zur Annahme zu empfehlen.

Es soll zu diesem Zweck am

## Donnerstag, den 25. August 1921, eine Urabstimmung

vorgenommen werden. — An der Urabstimmung nehmen die organisierten Kolleginnen und Kollegen der dem Metall-Kartell angeschlossenen Organisationen teil. Es hat in jedem Betriebe der Betriebsrat für jede Abteilung eine Kollegin oder einen Kollegen zu bestimmen, welche die Stimmzettel ausgibt und einsammelt.

Die Ausgabe des Stimmzettels **geschieht** nur unter Vorzeigung des Mitgliedsbuches.

Das Stimmenergebnis wird im Beisein des Betriebsrates festgestellt und bis spätestens **Donnerstag, abends 7 Uhr,** für diejenigen Betriebe, die mit **einer Schicht** arbeiten, und bis **Freitag, früh 9 Uhr,** für diejenigen Betriebe, die mit **2 Schichten** arbeiten, im Verbandshaus der Metallarbeiter, Linienstraße 82-83, Zimmer 10, abgegeben.

Die abgegebenen Stimmen müssen gesondert für jeden Betrieb in je einem geschlossenen Kuvert getrennt nach Annahme und Ablehnung abgeliefert werden. Auf dem Kuvert muß das Stimmenergebnis vermerkt sein. Nach Vereinbarung mit dem V. B. M. J. kann die Abstimmung innerhalb der Betriebe während der Arbeitszeit vorgenommen werden.

## Das Metall-Kartell:

**Metallarbeiter-Verband / Deutscher Holzarbeiter-Verband / Verband der Maler**
**Transportarbeiter-Verband / Verband der Fabrik-Arbeiter / Verband der Kupferschmiede**
**Verband der Gärtner / Verband der Maschinisten und Heizer / Verband der Tapezierer**
**Verband der Glasarbeiter / Verband der Lithographen und Steindrucker**
**Verband der Bauarbeiter / Verband der Buchdrucker / Verband der Buchbinder**
**Gewerkverein deutscher Metallarbeiter**
**Verband der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter und -Hilfsarbeiterinnen Deutschlands**